

WISO



WISO - Wirtschafts- und sozialstatistische Informationen

ZEITLEISTE: Machtwechsel, Übergänge, Wahlen

ÜBERBLICK: Der Tiroler Arbeitsmarkt im ersten Quartal 2013

WISO WISSEN: New Deal

WISO WESHALB: Italienische Verhältnisse

WISO? DESHALB! Warum die Reform der Pendlerpauschale unzureichend ist

WISO TAX: Negativsteuer - Absetzbetrag - Freibetrag

EU-Förderungen

IN ZAHLEN: Das erste Quartal 2013

WISO - WIRTSCHAFTS- und SOZIALSTATISTISCHE INFORMATIONEN
Ausgabe 2013/ I
Arbeiterkammer Tirol

Kontakt:
Mag. Armin Erger
Wirtschaftspolitische Abteilung
armin.egger@ak-tirol.com
0800 - 22 55 22 DW 1453

WISO 2013 I

Inhalte

ZEITLEISTE: Übergänge Machtwechsel, Übergänge und Wahlen	Seite 5
Überblick: Der Tiroler Arbeitsmarkt Das Tiroler Arbeitsmarktgeschehen im ersten Quartal 2013	Seite 19
WISO WISSEN: Der New Deal	Seite 27
WISO TAX: Negativsteuer - Absetzbetrag - Freibetrag Eine Navigation durch den Begriffdschungel	Seite 29
WISO WESHALB: Italienische Verhältnisse Warum das italienische Wahlsystem Regierungsbildungen erschwert.	Seite 31
WISO? DESHALB! Pendlerpauschale Warum die Reform des Pendlerpauschales unzureichend ist.	Seite 34
EU-Förderungen Von der siebenjährigen EU-Förderperiode über die EU-Strukturfonds bis zu konkreten Projekten.	Seite 36
IN ZAHLEN: Das erste Quartal 2013	Seite 42



Zeitenwandel?

Machtwechsel, Wahlen und Übergänge

Die letzten sechs Monate waren eine Zeit des politischen Übergangs. In den beiden wirtschaftlich wichtigsten Staaten der Welt, den USA und China, wurde ein geordneter Machtübergang vollzogen. Barack Obama wurde als US-Präsident bestätigt und trat im Jänner 2013 seine zweite Amtszeit an. In China ging die politische Macht auf Xi Jinping über, der die Ämter des Staatspräsidenten und des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas übernahm.

Die Wahlen in Italien fanden viel Beachtung, da sich im Verlauf der Krise der europäischen Gemeinschaftswährung Euro deutlich gezeigt hat, dass in einem gemeinsamen Währungsraum das innenpolitische Geschehen in anderen Staaten von vitalem Interesse für alle anderen Staaten ist. Italien, einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs, fand sich nach der Wahl mit einer sehr schwierigen Regierungsbildung konfrontiert.

Im europäischen Zusammenhang werden die deutschen Bundestagswahlen im September 2013 von großer Bedeutung sein. Kanzlerin Angela Merkel steht für einen an Austerität orientierten Ansatz zur

Bewältigung der Eurokrise, während in Frankreich mit Präsident Hollande und nun auch in Italien mit Ministerpräsident Letta, Personen an die Macht gekommen sind, welche eine stärker aktivierende Rolle der Wirtschafts- und Finanzpolitik bevorzugen.

Schlussendlich ist Europa vorwiegend mit der Lösung seiner schwerwiegenden strukturellen Probleme und damit mit sich selbst beschäftigt. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer schleppenden Wirtschaftsentwicklung und einer Rekordarbeitslosigkeit in Europa.

Auch in Österreich wurde gewählt: Nach Kärnten und Niederösterreich, haben Tirol und Salzburg ihre Landtage neu gewählt. Während in Tirol, trotz schlechter Umfrageergebnisse und einem historischen Tiefstand an Wählerstimmen, die ÖVP die Zahl der Mandate im Landtag halten konnte, erlitt die bislang stärkste Partei in Salzburg, die SPÖ unter der Führung von Gabi Burgstaller, eine krachende Niederlage. Mit einer schwarz-grünen Regierung wurde in Tirol eine neuartige Regierungsvariante gebildet.



© yunheispunk

USA und China

Führungswechsel in China

Im Vergleich mit dem weltweiten medialen Getöse, welches die amerikanischen Präsidentschaftswahlen für beinahe zwei Jahre verursachten, vollzog sich ein weiterer, mindestens ebenso wichtiger Machtübergang, mit weit weniger Aufruhr. Im Rahmen des 18. Parteikongresses der Kommunistischen Partei Chinas, der vom 8. bis zum 15. November 2012 in Peking tagte, folgte Xi Jinping dem seit 2003 herrschenden Hu Jintao in den wichtigsten Ämtern der Volksrepublik China nach: Xi wurde von den Delegierten des Kongresses zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, zum Vorsitzenden der mächtigen Zentralen Militärkommission und zum Vize-Präsident der Volksrepublik China gewählt. Die Präsidentschaft der Volksrepublik ging im März 2013 von Hu Jintao ebenfalls auf Xi Jinping über. Damit wurde ein Machtwechsel vollzogen, wie er in China nur alle etwa 10 Jahre vorkommt.

Der 1953 geborene Xi Jinping ist der Sohn eines Veteranen der Kommunistischen Partei und durchlief eine steile Parteikarriere. Unter anderem war er von 2002 bis 2007 Parteichef und Gouverneur der reichen Küstenprovinz Zhejiang (54 Millionen EinwohnerInnen), einer wirtschaftlich äußerst dynamischen Region Chinas, welche in diesem Zeitraum ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 14% erlebte.

Im Anschluss hielt er die Position des Shanghaier Parteichefs inne, bis er, ebenfalls 2007, in den Ständigen Ausschuss des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas (der de-facto Führungsriege Chinas) aufstieg und auf die Nachfolge Hus vorbereitet wurde.

Zwei Tage nach seiner Ernennung zum Generalsekretär nannte Xi Jinping den Kampf gegen die Korruption als einen der Hauptpunkte auf seiner Agenda. Der designierte Premierminister Li Keqiang kündigte in einer vielbeachteten Rede an, dass die neue Führung ganz im Zeichen von Reformen stehen werde. Li nannte unter anderem eine Reform der Haushaltsregistrierung, welche den im Landesinneren lebenden Chinesen den Zugang zu denselben Wohlfahrtsleistungen, wie den Bewohnerinnen und Bewohnern der Küstenregionen zustehen, verwehrt, auch eine Landreform stellte Li in Aussicht.¹



© Kevin Hu

Chinas unter Xi Jinping: bald die größte Volkswirtschaft der Welt?

Im Rahmen der jährlich im Dezember stattfindenden „Central Economic Work Conference“, wurden die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen Chinas für das Folgejahr festgelegt. Die Konferenz 2012 fand aufgrund des Machtwechsels besondere Beachtung. Die chinesische Führung erklärte in einer eher all-

¹ vgl. The Economist, 01. Dezember 2012

gemein gehaltenen Erklärung, dass sie weiter einen Weg des stabilen Wachstums gehen werde, mit der Priorität auf der Ankurbelung des Binnenkonsums.

Des Weiteren soll dem Markt mehr Raum zu Preissetzungen bei Ressourcengütern eingeräumt werden, öffentliche Investitionen zum Zwecke einer langfristigen Entwicklung getätigt werden und die urbane Entwicklung weitergeführt werden. Auch die Stabilisierung des chinesischen Immobiliensektors wäre ein Ziel für 2013.²

In Xis Funktionsperiode wird China aller Voraussicht nach seinen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg weiter fortsetzen und die USA als größte Volkswirtschaft einholen, möglicherweise bereits im Jahr 2016.³

USA: Die Klippen umschiff?

Barack Obama trat im Jänner 2013 seine zweite Amtszeit als US-Präsident an, nachdem er bei den Wahlen im November den republikanischen Herausforderer Mitt Romney deutlich schlagen konnte. Ende des Jahres 2012 mussten die USA eine große innenpolitische Krise in Form der sogenannten „Fiscal Cliff“ (Fiskalklippe) bestehen. Mit dem Begriff der „Fiscal Cliff“ wurde eine Reihe von Steuererhöhungen und Budgetkürzungen bezeichnet, welche das staatliche Defizit innerhalb eines Jahres um die Hälfte reduziert hätte, allerdings mit drastischen Auswirkungen auf die Konjunktur. Die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und die Steuererhöhungen hätten die USA aller Voraussicht nach in die Rezession getrieben und eine deutlich erhöhte Arbeitslosigkeit ausgelöst. Die Maßnahmen der „Fiscal Cliff“ waren ursprünglich nur als Drohszenario gedacht, um genügend politischen Druck für überparteiliche Kompromisse aufzubauen. Sollte es dem „Joint Select Committee“, einem Komitee von Demokraten und Republikanern, nicht gelingen, einen Kompromiss zur Lösung der budgetären Schwierigkeiten der USA auszuarbeiten, wären die Maßnahmen automatisch mit Jahreswechsel 2012 in Kraft getreten.

Trotz der Drohung drakonischer budgetärer Maßnahmen (der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete das „Fiscal Cliff“ als „fiscal doomsday machine“, also als budgetäre Weltuntergangsmaschine) scheiterte das Komitee im November 2012 an der äußerst zugespitzten innenpolitischen Situation, nicht zuletzt in fiskalischen Fragen („Deficit



© Adam Glanzman

Barack Obama: vier weitere Jahre Zeit, um die hohen Erwartungen zu erfüllen

Hawks“).⁴ In letzter Minute handelte Barack Obama mit dem republikanischen Sprecher des Repräsentantenhauses John Boehner einen Kompromiss aus, um das „Fiscal Cliff“ nochmals zu umschiffen. Die Republikaner akzeptierten das Auslaufen der unter Präsident George W. Bush gewährten Steuererleichterungen für hohe Einkommen, Präsident Obama kam dafür nicht mit seiner im Präsidentschaftswahlkampf aufgestellten Forderung durch, Haushalte ab einem Jahreseinkommen von über \$ 250.000 (die obersten 2% der Einkommen) zu besteuern. Die höheren Steuern setzen nun erst ab einem Jahreseinkommen von über \$ 400.000 ein.⁵

Mit der Einigung zur Fiskalklippe wurde jedoch ein Teil der Maßnahmen nur um zwei Monate verschoben, sodass mit Anfang März erneut automatische Budgetkürzungen – der sogenannte „Sequester“ im Raum stand. Da es in diesem Fall nicht gelang, erneut einen Kompromiss zwischen Demokraten und Republikanern zu finden, traten diese Ausgabenkürzungen mit 01. März 2013 tatsächlich in Kraft. Nach dem Rasenmäherprinzip werden insgesamt 85 Milliarden Dollar im heurigen Jahr an Staatsausgaben eingespart, aufgeteilt auf 50% Verteidigungsausgaben und 50% sonstige Ausgaben.

² vgl. CNTV.com, 16. Dezember 2012

³ vgl. The Guardian, 09. November 2012

⁴ vgl. NY Times, 21. Februar 2013

⁵ vgl. CNN, 02. Jänner 2013



© Instagram sparks

EU und Eurozone

Konjunkturaussichten in der Eurozone

Im Jahr 2012 befanden sich die Mitgliedsstaaten der europäischen Gemeinschaftswährung Euro als Gesamtes in der Rezession. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Wirtschaftsleistung der Eurozone um 0,6% real zurück. Das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone ging damit das fünfte Quartal in Folge zurück. Die Konjunktur litt unter einem stagnierenden Privatkonsum und Zurückhaltung bei den Investitionen der Unternehmen. Ungebrochen blieb leider auch der Trend zu einer immer höheren Arbeitslosigkeit. Innerhalb eines Jahres, im Zeitraum vom März 2012 bis zum Februar 2013, stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen in Europa um fast 1,6 Millionen auf mehr als 19 Millionen Arbeitssuchende an, rund ein Fünftel (3,6 Millionen) davon waren im Alter zwischen 15 und 24 Jahren.

Dabei gab es erhebliche regionale Unterschiede: die Krisenländer des Südrands der EU weisen zum Teil dramatische Wirtschaftsdaten auf. In Griechenland schränkten sich die wirtschaftlichen Aktivitäten im Jahr 2012 um weitere 6,4% ein. Das Land befindet sich seit 2008 in der Rezession, das reale BIP pro Kopf ging in Griechenland in diesem Zeitraum um mehr als 20 Prozent zurück.⁶

Weitere Mitgliedsstaaten mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung waren Spanien (-1,4%), das sich ebenfalls, mit Ausnahme des Jahres 2011, seit 2008 in der Rezession befindet, Italien (-2,4%), Zypern (-2,4%), Portugal (-3,2%), sowie Slowenien (-2,3%) verloren ebenso an Wirtschaftsleistung. Überras-

schenderweise gelang es dem Krisenland Irland, dessen Verschuldung durch eine enorm teure Bankenrettung massiv angestiegen war, ein vom Export getragenes Wachstum von 0,9% zu realisieren. Deutlich besser, dennoch nur mit einem schwachen Wachstum, standen Deutschland (+0,7%) und Österreich (+0,9%) da. Frankreich rutschte 2012 noch nicht in die Rezession, stagnierte jedoch (0,0%). Die stärkste Zunahme der Wirtschaftsleistung zeigte sich in Estland (+3,2%), dessen BIP pro Kopf mit € 9.400 jedoch um knapp 60% unterhalb des EU-Durchschnitts lag.⁷

Finanztransaktionssteuer in elf EU-Staaten

2013 wurde ein wichtiger Schritt hin zur Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen in elf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gemacht. Elf europäische Staaten streben die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit dem 01. Jänner 2014 im Rahmen einer „verstärkten Zusammenarbeit“ an, vorausgesetzt die jeweiligen nationalen Parlamente stimmen zu. Die beteiligten Staaten sind: Österreich, Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Estland, Griechenland, Italien, Portugal, die Slowakei und Slowenien.

Eingehoben werden sollen 0,1% auf Aktien, Anleihen und Anteile von Investmentfonds, sowie 0,01% auf Termingeschäfte. Finanzprodukte die Kleinan-

⁶ vgl. Eurostat - reales BIP pro Kopf, Wachstumsrate

⁷ vgl. ebda.

leger betreffen, wie etwa Hypotheken, Kredite und Versicherungsbeiträge, sollen von der Steuer ausgenommen werden. Ausgenommen sind außerdem Staatsanleihen, geldpolitische Maßnahmen von Zentralbanken und der EZB, die öffentliche Schuldenverwaltung und Transaktionen der Europäischen Union selbst.

EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta (Litauen) gab als Ziel der Finanztransaktionssteuer an, den Finanzsektor „angemessen und substanziell“ an der öffentlichen Finanzierung zu beteiligen und Anreize für riskante und potenziell destabilisierende Finanztransaktionen zu verringern. Die EU-Kommission rechnet mit jährlichen Einnahmen von 30 bis 35 Milliarden Euro.⁸

Die Einführung der Steuer über eine verstärkte Zusammenarbeit dieser elf Staaten wurde notwendig, weil der ursprüngliche Versuch, die Steuer im gesamten Gebiet der EU einzuführen, scheiterte. Vor allem Großbritannien, das mit der „City“ in London über den mit Abstand größten europäischen Finanzplatz verfügt legte sich gegen die Finanztransaktionssteuer quer.

Besteuert werden sollen alle Finanztransaktionen, bei denen ein Anknüpfungspunkt an das Gebiet der Finanztransaktionssteuer besteht. Zwei Prinzipien sollen eine Vermeidung der Steuer durch Verlagerung der Transaktionen in Gebiete außerhalb des Steuergeltungsgebietes verhindern: das „Ansässigkeitsprinzip“ bestimmt, dass eine Steuerschuld entsteht, sobald eine der Transaktionsparteien in einem der teilnehmenden Mitgliedsstaaten ansässig ist, unabhängig davon, ob die eigentliche Transaktion im Raum der Finanztransaktion durchgeführt wird. Das „Ausgabeprinzip“ bestimmt, dass eine Besteuerung erfolgt, wenn das gehandelte Finanzinstrument in einem der elf teilnehmenden Staaten ausgegeben wurde, auch wenn beide Transaktionsparteien nicht im Raum der Finanztransaktionssteuer ansässig sind. Der Vorschlag der EU-Kommission wird nun in den teilnehmenden Staaten diskutiert, wodurch eine Umsetzung und Beschlussfassung bis zum 01. Jänner 2014 als durchaus ambitioniert bezeichnet werden kann. Denn noch ist unklar, wer die Steuereinnahmen lukrieren wird. Die EU-Kommission möchte, dass diese Mittel in den EU-Haushalt einfließen, die nationalen Regierungen stehen dem kritisch gegenüber. Die österreichische Bundesregierung hat jedenfalls im Budget für 2014 Einnahmen aus der Transaktionssteuer schon einmal eingeplant.

⁸ vgl. Europäische Kommission, 14. März 2013



© ECB

Ab 30 Milliarden Euro beginnt Mario Draghi hinzusehen: die EZB übernimmt die Aufsicht über die europäischen Großbanken

Schritte zur Bankenunion

Nach langen Vorarbeiten einigten sich die Finanzminister der EU im Dezember 2012 auf die Errichtung einer gemeinsamen Bankenaufsicht (Single Supervisory Mechanism – SSM). Diese neue Aufsichtsbehörde wird bei der Europäischen Zentralbank eingerichtet und soll 2014 ihre Arbeit aufnehmen.

In der Ausrichtung der gemeinsamen Aufsichtsbehörde hatte sich im Wesentlichen die deutsche Bundesregierung mit ihrer Sichtweise durchgesetzt. Die gemeinsame Aufsicht wird nicht alle Banken des Euroraumes beaufsichtigen, sondern nur rund 200 große Institute. Die Bilanzsumme dieser Banken muss entweder mindestens 30 Milliarden Euro ausmachen oder 20% des Bruttoinlandsprodukts des Heimatlandes übersteigen.

Durch diese Einschränkungen werden die in der Regel kleineren deutschen Sparkassen und Volks-

banken nicht unter die gemeinsame Bankenaufsicht fallen, sondern verbleiben unter der Kontrolle der nationalen Aufsichtsbehörden.

Allerdings wird die EZB das Recht eingeräumt bekommen, in begründeten Fällen die direkte Aufsicht auch über kleinere Banken zu übernehmen bzw. Richtlinien für die nationalen Aufsichtsbehörden zu erlassen.

Im Jänner 2013 stimmte auch das Europäische Parlament der neuen Aufsichtsbehörde zu. Nach der notwendigen Zustimmung der nationalen Parlamente würde es ein Jahr benötigen, so EZB-Präsident Mario Draghi, um die neue Behörde aufzubauen.⁹

Wenn die europäische Bankenaufsicht ihre Arbeit aufnimmt, wird es dem permanenten europäischen Rettungsschirm ESM auch möglich sein, in finanzielle Schieflagen geratene Banken direkt zu rekapitalisieren.

Bisher können die Gelder der europäischen Notfallinstrumente EFSF und ESM nur an die jeweiligen Regierungen gezahlt werden, was einen Anstieg der Staatsverschuldung zur Folge hat – mit negativen Effekten auf die Refinanzierungskosten der Regierungen in Form von gestiegenen Risikoaufschlägen

für Staatsanleihen. Mit der direkten Rekapitalisierung könnte, so die Hoffnung, diese Verbindung aufgebrochen werden.

Mit der Einrichtung der gemeinsamen Bankenaufsicht wurde möglicherweise ein erster wichtiger Schritt hin zu einer vollständigen Bankenunion vollzogen. Neben der gemeinsamen Aufsicht sollte diese als weitere Elemente ein gemeinsames Abwicklungsverfahren für Pleitebanken und eine gemeinsame europäische Einlagensicherung umfassen. Beide Themen sind allerdings politisch höchst brisant, da sie gemeinsame – finanzielle – Risikoübernahmen bedeuten würden. So könnte bei einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung die Situation entstehen, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eines Landes für die Einlagen einer finanziell maroden Bank in einem anderen Land gerade stehen müssen – ein politisch nur schwer zu verkaufendes Thema.

Auswirkungen hätte auch die Einrichtung eines Abwicklungsfonds für Pleitebanken. Dieser, so die Vorschläge, wäre über risikoabhängige Branchenabgaben, d.h. von den Banken selbst, gespeist und nicht von den Mitgliedsstaaten selbst. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass die Kosten dafür von den Banken an die Kunden weitergereicht würden, Bankgeschäfte würden dadurch für die Konsu-



Armut hat in Europa viele Gesichter: hier ein Mann vor seinem Haus in der Slowakei. In Europa sind 120 Millionen Menschen von Armut gefährdet.

⁹ vgl. Die Zeit, 13. Dezember 2012

mentinnen und Konsumenten teurer. Yves Mersch, luxemburgisches Mitglied des EZB-Direktoriums und gemeinsam mit EZB-Vizepräsident Vítor Constâncio zuständig für das Projekt Bankenunion, fordert im Rahmen einer Rede am 27. Februar 2013, die Einrichtung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus noch vor In-Kraft-Treten der gemeinsamen Bankenaufsicht.^{10,11}

Allerdings erscheint dieser Termin nach derzeitigem Stand als völlig unrealistisch. Die Verhandlungen rund um das Rettungspaket für Zypern zeigten, dass Europa nach wie vor sehr weit von einer gemeinsamen Position zur Abwicklung von Banken ist. Die massive Kritik, welche der Chef der Eurogruppe, der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem, für seine Äußerungen zur Beteiligung der Bankkunden an den Kosten der Bankenpleiten, einstecken musste, kann als Zeichen dafür gedeutet werden, dass eine Einigung zur Bankenabwicklung noch in weiter Ferne ist.¹²

120 Millionen Menschen in der EU von Armut gefährdet

Von der europäischen Statistikbehörde Eurostat wurden im Dezember 2012 die Daten der aktuellen EU-Silc-Erhebungen veröffentlicht.¹³ Im Jahr 2011 waren innerhalb der EU rund 120 Millionen Menschen, das sind 24% der Bevölkerung, von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdet. Die höchsten Anteile von armuts- bzw. ausgrenzungsgefährdeten Menschen fanden sich in Bulgarien (49%), Rumänien (40%) und Lettland (40%). Österreich gehörte zu den Ländern mit den niedrigsten Anteilen: Luxemburg, Österreich (jeweils 17%), sowie die Niederlande und Schweden (jeweils 16%).

Rund 17% der EU-Bevölkerung waren auch nach Zahlung von Sozialleistungen armutsgefährdet: d.h. ihr verfügbares Einkommen lag unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des Medianeinkommens). Am schlechtesten positioniert waren Bulgarien (22%), Rumänien, Spanien (jeweils 22%) und Griechenland (21%).

Neun Prozent der Menschen waren erheblichen materiellen Entbehrungen ausgesetzt, d.h. sie konnten ihre Rechnungen nicht (pünktlich) zahlen, die Woh-

nung nicht angemessen beheizen oder sich keinen einwöchigen Jahresurlaub leisten. Den höchsten Anteil wies erneut Bulgarien (44%) auf. Lettland folgte mit 31%. Am niedrigsten lag der Anteil materiell deprivierter Personen in Luxemburg und Schweden mit jeweils 1%. In Österreich lag der Anteil bei 3,9%.

Aufregung um Vermögensstudie der EZB: sind die Griechen reicher als Österreicher und Deutsche?

Anfang April veröffentlichte die Europäische Zentralbank eine Studie zur Vermögenssituation der Haushalte in den Euroländern.¹⁴ Die zwischen 2008 und 2011 in den verschiedenen europäischen Ländern durchgeführte Haushaltsbefragung erregte großes Aufsehen, da sie scheinbar ergab, dass die Haushalte in den südlichen Krisenländern um ein vielfaches „reicher“ sind als in Deutschland und Österreich. So ist das Nettovermögen eines mittleren spanischen Haushaltes mit € 182.700 viel höher als das Nettovermögen eines mittleren österreichischen (€ 76.400) oder deutschen (€ 51.400) Haushaltes. Auch die Haushalte in Griechenland verfügen über ein höheres Nettovermögen (€ 101.900).

Warum, so die Frage, die kontrovers in den Medien behandelt wurde, sollten also die vermeintlich „armen“ Länder wie Österreich und Deutschland viel Geld in die Hand nehmen, um den südlichen Krisen-



EZB-Studie: Sind die Griechen tatsächlich reicher als Österreicher und Deutsche?

¹⁰ vgl. EZB, 27. Februar 2013

¹¹ vgl. EZB, 18. Dezember 2012

¹² vgl. The Economist, 6. April 2013, S. 32

¹³ vgl. idF Eurostat, 03. Dezember 2012

¹⁴ EZB, April 2013



Ein höherer Anteil an Single-Haushalten lässt Österreich und Deutschland ärmer erscheinen.

ländern zu helfen, wenn diese doch eigentlich um ein Vielfaches reicher sind? Diese Fragen sind in jedem Fall berechtigt, dennoch muss vor dem Ziehen voreiliger Schlüsse gewarnt werden. Denn das Problem liegt darin, wie „Reichtum“ definiert wird bzw. ob die Vermögen der Haushalte als ein guter Indikator für den Wohlstand eines Staates taugen.

Ein wesentlicher Unterschied in den Vermögen liegt im Immobilienbesitz. Während der mittlere Haushalt in Deutschland und Österreich zur Miete wohnt, verfügen die Haushalte in Spanien, Portugal usw. häufiger über eigene Immobilien. Aufgrund der Tatsache, dass die Erhebungen in Spanien bereits im Jahr 2008 durchgeführt wurden, gingen die aufgeblähten Immobilienpreise in die Vermögensberechnung mit ein – Preise, die sich nach dem Platzen der Preisblase nie auch nur annähernd realisieren hätten lassen. Verbunden mit dem Faktor des Immobilienbesitzes ist die Tatsache, dass die Haushalte im Süden tendenziell größer sind.

Die Kinder ziehen sehr viel später aus dem elterlichen Haushalt aus. Der durchschnittliche spanische

¹⁵ vgl. Berger, 10. April 2013

¹⁶ vgl. de Grauwe, Ji, 16. April 2013

Haushalt umfasst 2,68 Personen, ein griechischer 2,64. Die durchschnittliche Haushaltsgröße in Österreich liegt bei 2,13 und in Deutschland bei 2,04 Personen. Auch hier liegen die Vermögensvorteile bei den größeren Haushalten, während Singlehaushalte in der Regel geringere Gesamtvermögen aufweisen. So kehrt sich der Wohlstandsindikator Singlehaushalt, d.h. die Fähigkeit, einen eigenen Haushalt gründen zu können, um und wirkt in der Statistik wohlstandsmindernd.

Ebenfalls einen großen Unterschied macht die Tatsache, dass staatliche Rentenansprüche in der Studie nicht in die Vermögensbilanz mit aufgenommen wurden, private jedoch schon.¹⁵ Das bedeutet, dass Personen in Staaten, welche über ein – noch – gut ausgebautes öffentliches Pensionssystem verfügen, „ärmer“ erscheinen, da sie weniger gezwungen sind in private Pensionsvorsorge zu investieren und Ansprüche an die öffentliche Pensionsvorsorge aber nicht in der Statistik aufscheinen.

Der renommierte Finanz- und Währungsexperte Paul de Grauwe und seine Koautorin Yuemei Ji weisen in einer kritischen Betrachtung der Studie darauf hin, dass der Kapitalstock pro Kopf ein wesentlich besserer Indikator für den Wohlstand eines Staates ist, da er neben den privaten Vermögen auch Vermögenswerte umfasst, die sich in staatlichem Besitz befinden bzw. von Unternehmen gehalten werden. In einer solchen Statistik liegen Österreich und Deutschland weit vor Spanien und Griechenland.¹⁶

Ein weiteres Ergebnis der Studie der Europäischen Zentralbank fand weniger Beachtung, enthält aber gesellschaftspolitischen Zündstoff. In der Studie werden nämlich sowohl das Medianeinkommen (= mittleres Einkommen) und das Durchschnittseinkommen der Haushalte in den jeweiligen Ländern ausgewiesen. Liegen beide nahe beieinander, so sind die Vermögen über die Haushalte eher gleichmäßig verteilt, liegen sie weit auseinander, so gibt es offenbar eine größere Ungleichverteilung. Österreich und Deutschland liegen hier an der Spitze: in Österreich übersteigt das durchschnittliche Haushaltsvermögen das mittlere um den Faktor 3,5, in Deutschland um 3,8. Dem gegenüber liegen das durchschnittliche und das mittlere Haushaltsvermögen in Griechenland nur um das 1,5-fache und in Spanien um das 1,6-fache auseinander. Der Schluss ist daher berechtigt, dass die Vermögen in Österreich und Deutschland bei weitem ungleicher verteilt sind als in den anderen Euroländern.

Zypern: auf griechischen Pfaden

Im März 2013 geriet der Mittelmeerstaat Zypern in den Fokus der schwelenden Krise der Euromitgliedsstaaten. Mit einem BIP-Anteil von 0,2% an der gesamten Eurozone ist Zypern zwar selbst im Vergleich mit Griechenland ein Leichtgewicht, dennoch sorgte das europäische Krisenmanagement für erheblichen Aufruhr, da erstmals bei einer Rettungsaktion auch die Anlegerinnen und Anleger miteinbezogen werden.

Zypern geriet aufgrund seines enorm aufgeblähten Bankensektors in die Krise und bereits im Juni 2012 hatte die damalige zyprische Regierung einen Antrag auf ein Rettungspaket gestellt, das aber nicht zustande kam. Das viel zitierte „Geschäftsmodell“ Zyperns bestand darin, ein steuerschonender und diskreter Hafen für große Summen ausländischen Geldes zu sein. Vor allem Russen, aber auch Briten legten viel Geld auf der Insel an, was dazu führte, dass der Bankensektor auf etwa die achtfache Größe des zyprischen Bruttoinlandsproduktes answoll.¹⁷ Brisant wurde die Krise unter anderem auch deswegen, weil die zyprischen Banken sehr viel Geld in griechischen Anleihen investierten. Beim Schuldenschnitt Griechenlands im Jahr 2012 verloren die zyprischen Banken rund vier Milliarden Euro, eine Summe die 22% des Bruttoinlandsprodukts Zyperns entspricht.¹⁸

Im März 2013 begannen eilige Verhandlungen über ein mögliches Rettungspaket für Zypern. Der Unterschied zu den bisherigen Rettungsaktionen im Euroraum bestand von Anfang an darin, dass die anderen Eurostaaten, allen voran Deutschland, darauf bestanden, dass auch die Anleger an den Kosten für das Rettungspaket zu beteiligen wären. Der Kapitalbedarf Zyperns wurde anfangs auf 17 Milliarden, später auf 23 Milliarden Euro geschätzt, wovon aber nur 10 Milliarden von den EU-Staaten und dem IWF zur Verfügung gestellt werden. Den Restbetrag muss die zyprische Regierung selbst aufbringen. Nach schwierigen Verhandlungen einigten sich am 12. April die Finanzminister der Eurostaaten auf das Rettungspaket für Zypern. Neun Milliarden Euro kommen über den Rettungsmechanismus ESM von den Eurostaaten, eine Milliarde stellt der Internationale Währungsfonds zur Verfügung.¹⁹ Das österreichische Parlament akzeptierte das Zypern-Hilfspaket am 22. April 2012 mit den Stimmen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP.

Die zyprische Regierung plant den Großteil des restlichen Betrages über eine Zwangsabgabe auf Bank-einlagen über € 100.000 (die Höhe der EU-weit geregelten Sicherung der Bankeinlagen) einzuheben und die beiden größten Banken des Landes zu restrukturieren (Bank of Cyprus) bzw. zu schließen (Laiki Bank). Diese Maßnahmen sollen eine Summe in der Größenordnung von 10,6 Milliarden Euro einbringen. Nach dem Abschluss der Umstrukturierung des zyprischen Bankensektors würde dieser nur mehr 350% des Bruttoinlandsproduktes von Zypern ausmachen, also mehr als halbiert werden.²⁰

Um einen „Banken-Run“, d.h. das massenhafte Abheben von Einlagen zu verhindern, schloss die Regierung die Banken, limitierte die Geldsummen, die von Bankautomaten behoben werden können und setzte Kapitalkontrollen in Kraft.

Diese Maßnahmen riefen auch in der restlichen Eurozone Verunsicherung hervor, ob der Sicherheit von Bankeinlagen in den anderen Krisenstaaten. Kritike-



© European Peoples Party - EPP

Musste für sein Land um ein milliardenschweres Hilfspaket ansuchen: Zyperns Präsident Nico Anastasiades

17 vgl. The Economist, 16. März 2013, S. 65

18 vgl. Cyprus Mail, 16. April 2013

19 vgl. Eurogroup, 12. April 2013

20 vgl. Cyprus Mail, 16. April 2013

rInnen der Maßnahme befürchten, dass durch die Anlegerbeteiligung in Zypern die Banken in den Krisenstaaten in der Eurozone zusätzlich geschwächt werden könnten, da nun auch Zweifel entstünden, ob Einlagen bei spanischen, portugiesischen, aber auch italienischen Banken sicher sind. Eine verstärkte Kapitalflucht aus diesen Ländern wäre die Folge und weiter erhöhte Refinanzierungskosten der südlichen Banken. Dies hätte ein verstärktes Auseinanderfallen der Finanzmärkte in der Eurozone zur Folge.



© Eu Council - Eurozone

Musste für seine Aussagen zur Zypern-Krise viel Kritik einstecken: der neue Präsident der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem

Befeuert wurden diese Befürchtungen durch Aussagen von Jeroen Dijsselbloem, dem niederländische Finanzminister, der Jean-Claude Juncker im Jänner als Chef der Eurogruppe nachgefolgt war. Dijsselbloem äußerte sich dahingehend, dass die Beteiligung der privaten Investoren und KontoinhaberInnen im Zuge der zyprischen Bankenrettung, ein Zukunftsmodell („Blueprint“) für den Umgang mit Bankenpleiten darstellen würde.²¹

Nach massiver Kritik, u.a. seitens der EZB, veröffentlichte Dijsselbloem ein Statement, mit dem er seine Äußerungen zu relativieren versuchte.²² In der Folge beeilte sich eine Reihe von Persönlichkeiten, wie

²¹ vgl. Reuter, 25. März 2013

²² vgl. Europäischer Rat, 25. März 2013

²³ vgl. Euractiv, 05. April 2013

²⁴ vgl. Cyprus Mail, 16. April 2014

²⁵ vgl. NY Times, 09. April 2013

etwa der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble und EZB-Präsident Mario Draghi, den Einzelfallcharakter der Anlegerbeteiligung in Zypern, herauszustreichen.²³

Weitere Maßnahmen der zyprischen Regierung, um den Fehlbetrag von 13 Milliarden Euro aufzubringen, umfassen einen möglichen Verkauf von Goldreserven, der rund 400 Millionen Euro bringen soll, eine Anhebung von Unternehmenssteuern und Steuern auf Zinseinkommen (600 Millionen) und Privatisierungseinnahmen, welche über mehrere Jahre gesehen rund 1,4 Milliarden Euro in die zyprische Staatskasse einbringen sollen.

Aber auch ausgabenseitig plant die Regierung tiefe Einschnitte. So soll etwa eine Rentenreform kommen, welche ein höheres Pensionsantrittsalter für Staatsbedienstete und Verschärfungen beim allgemeinen Renteneintrittsalter beinhaltet. Darüber hinaus geplant sind Kürzungen im Gesundheitssystem und verschärfte Regelungen für den Arbeitsmarkt, wie etwa niedrigere Stundensätze bei Weiterbildungsmaßnahmen und Sanktionen, wenn Arbeitslose mehr als drei Jobangebote ablehnen.²⁴

Zyperns Wirtschaft wird diese Entwicklungen nicht unbeschadet überstehen: die Europäische Kommission geht in ihrer noch nicht offiziellen, aber bereits durch die Medien zirkulierenden Einschätzung der Schuldensituation Zyperns davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt des Inselstaates 2013 um 8,7% schrumpfen wird, der private Konsum um mehr als zwölf Prozent, der öffentliche Konsum um neun Prozent und die Investitionen um fast dreißig Prozent zurückgehen werden.²⁵

Italiens Wahlen

Am 24. und 25. Februar fanden in Italien Neuwahlen statt. Der einem technokratischen Kabinett vorstehende Ministerpräsident Mario Monti reichte im Dezember 2012 seinen Rücktritt ein, nachdem ihm die von Silvio Berlusconi geführte Partei „Popolo della Libertà“ bei einer Abstimmung kein Vertrauen aussprach.

Monti kündigte kurz darauf an, dass er sich selbst zur Wahl mit der neu gegründeten Partei „Scelta Civica“ stellen würde. Diese Entscheidung wurde von den europäischen Partnern, bei denen Monti viel Re-

spekt besitzt, begrüßt und auch in Italien fand Monti prominente Unterstützung, wie z.B. von Ferrari-Boss Luca Montezemolo.

Wahlsieger jedoch wurde das von den Sozialisten angeführte Bündnis um Pier Luigi Bersani (29,5%), vor dem von Ex-Ministerpräsident Silvio Berlusconi angeführten Bündnis (28,7%). Ebenfalls einen großen Erfolg erzielen konnte das von Beppe Grillo angeführte „Movimento 5 Stelle“ (Fünf-Sterne-Bewegung: 25,1%). Mario Monti konnte lediglich 10,8% erreichen und wurde damit für seine im Ausland gefeierte Politik innenpolitisch abgestraft.

Aufgrund des italienischen Wahlsystems steckte die italienische Politik bei der Regierungsbildung in der Selbstblockade. Hintergründe dazu finden Sie vertiefend im Beitrag WISO WESHALB „Italienische Verhältnisse“.

Gelöst wurde die Blockade durch den Regierungsauftrag von Staatspräsident Napolitano an Enrico Letta von den Sozialdemokraten. Ihm gelang es eine große Koalition mit der Berlusconi-Partei „Volk der Freiheit“, der „Radikalen Partei“ und „Scelta Civica“ von Mario Monti zustande zu bringen, die am 28. April ihren Amtseid ablegte. Neuer Finanz- und Wirtschaftsminister wird der parteiunabhängige ehemalige Generaldirektor der italienischen Nationalbank Fabrizio Saccomanni. Saccomanni gilt als enger Vertrauter von EZB-Präsident Mario Draghi und Mario Monti.

Frankreich: neuer kranker Mann?

In Frankreich steckt der im letzten Jahr gewählte Präsident Francois Hollande im Umfragetief. Im März 2013 stieß er bei lediglich 27% der Bevölkerung auf Zustimmung und war damit der unbeliebteste Präsident seit über 30 Jahren.

Hollandes Präsidentschaft wurde durch Skandale in der eigenen Regierungsmannschaft erschüttert. Im März musste der für Budgetfragen zuständige Minister Jérôme Cahuzac zurücktreten, da ihm Schwarzgeldkonten in der Schweiz und Singapur nachgewiesen werden konnten. Pikanterweise fiel auch die Bekämpfung von Steuerflucht in das Portfolio Cahuzacs.

Ebenfalls in das Visier der öffentlichen Kritik geriet Jean-Jacques Augier, der Finanzmanager des Wahl-



Ein Bild aus besseren Tag: Frankreichs Präsident Francois Hollande befindet sich im Umfragetief

kampfs von Hollande. Augier hatte zwischen 2005 und 2009 Unternehmen auf den Cayman-Inseln, einer Steueroase, gegründet. Beide Fälle waren für Hollande besonders peinlich, war er doch im Wahlkampf mit der Ankündigung einer sauberen und „normalen“ Präsidentschaft angetreten.

Noch verstärkt werden die innenpolitischen Verwerfungen durch die prekäre Lage der französischen Wirtschaft. Im vierten Quartal 2012 schrumpfte das französische Bruttoinlandsprodukt um 0,3%.²⁶ Im Gesamtjahr 2012 stagnierte die französische Wirtschaft, sodass sich Frankreich nun am Rande einer Rezession befindet. Begleitet wurde diese Entwicklung von einem Rückgang der Kaufkraft der französischen Haushalte und einem stagnierenden privaten Konsum. Die allgemeine Arbeitslosenquote erreichte 2012 einen Wert von 10,2%, die Jugendarbeitslosigkeit lag mit 25,7% nochmals deutlich darüber.^{27,28} Bereits im November letzten Jahres verlor Frankreich seinen Triple-AAA-Status bei der Ratingagentur Moody's.

²⁶ vgl. INSEE, 27. März 2013

²⁷ vgl. INSEE, 07. März 2013

²⁸ vgl. Eurostat



Österreich

Konjunkturprognosen für Österreich 2013 und 2014

Auch Österreich konnte sich im Jahr 2012 nicht vom äußerst problematischen wirtschaftlichen Umfeld abkoppeln und wies mit einem Plus von 0,8% im Jahr 2012 nur eine geringe Zunahme der wirtschaftlichen Aktivitäten auf. Die Dynamik nahm im Laufe des Jahres sogar noch ab, sodass im vierten Quartal ein Rückgang von 0,1% real zu verzeichnen war.

Dennoch sieht das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO, auf dessen Prognose sich die folgenden Ausführungen beziehen, einen positiven Trend. Laut dem Konjunkturtest im Februar 2013 erwarten die heimischen Unternehmen eher einen Aufwärtstrend und das WIFO sieht die „binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine lang und breit angelegte Erholung weiterhin intakt.“²⁹

Begleitet werden die innerösterreichischen Entwicklungen jedoch von erheblichen Risiken im Außenbereich. Diese betreffen einige der Hauptabsatzmärkte Österreichs. Die ohnehin angespannte wirtschaftliche Lage Italiens wird durch eine äußerst diffizile politische Situation nach den Wahlen im Februar 2013 verschärft. Die Volkswirtschaften in Zentral- und Südosteuropa leiden unter erheblichen Nachfrageschwächen, wobei in Ungarn noch die politische Problematik mit der Regierung von Ministerpräsident Orban hinzukommt.

Die Lage in der Eurozone war seit dem Herbst 2012 von einer neu gewonnenen Stabilität gekennzeichnet, kann aber jederzeit erneut erschüttert werden.

Welche Auswirkungen Zypern mittel- bis längerfristig haben wird, lässt sich zum heutigen Zeitpunkt nur schwer abschätzen, vor allem da bei Zypern nicht die volkswirtschaftliche Größe von Entscheidung ist, sondern die Auswirkungen des Krisenmanagements auf die wirtschaftlichen Akteure.

Die Prognose des WIFO für die Jahre 2013 und 2014 geht dennoch von einem BIP-Wachstum von 1,0% bzw. 1,8% aus. Dies allerdings unter den – durchaus als mutig zu nennenden – Voraussetzungen, dass sich das makroökonomische Umfeld in Europa zunehmend stabilisiert und InvestorInnen und KonsumentInnen neues Vertrauen schöpfen.

Das WIFO geht für 2013 von einer gemäßigten Inflation von 2,2% aus, nur knapp über dem Zwei-Prozent-Inflationsziel der Europäischen Zentralbank. 2014 soll das Inflationsziel mit 2,0% exakt erreicht werden. Der Grund für den etwas zurückgehenden Preisdruck ist die verhaltene Nachfrage und die dadurch bedingten Kapazitätsunterauslastungen („Output Gap“) in den Volkswirtschaften, welche einen mäßigen Effekt auf die Energie- und Rohstoffpreise ausüben sollten.

In Österreich ging vom privaten Konsum seit Beginn des Jahres 2011 so gut wie kein Wachstumsimpuls aus. Im letzten Quartal 2012 sank er gegenüber dem Vorjahr sogar um 0,1%, in den Quartalen davor stagnierte er. Die negative Entwicklung der Realeinkommen in den letzten Jahren – mit Ausnahme des Jahres 2009, mit der im Vergleich sehr geringen Inflationsrate von 0,4% in Österreich (0,3% im Euroraum) – und die Unsicherheit über die weitere wirt-

²⁹ vgl. idF WIFO, 20. März 2013

schaftliche Entwicklung, dürften wesentlich zur Konsumzurückhaltung beitragen.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt geht das WIFO von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit im Prognosezeitraum aus. Dies vor allem auch aufgrund der Ausweitung des Arbeitskräfteangebots in der Folge der Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für die östlichen EU-Beitrittsländer.

Die Österreichische Nationalbank revidierte im Dezember 2012 ihre Konjunkturprognose deutlich nach unten.³⁰ Statt der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 1,7% für das Jahr 2013 wurde die Prognose auf den Wert von 0,5% Zuwachs korrigiert. Erst ab dem Jahr 2014 sieht die Österreichische Nationalbank wieder Wachstumsaussichten in der Höhe von 1,7%. Begründet werden die verminderten Aussichten mit markanten Konjunkturschwächen in wichtigen Exportmärkten, wie etwa Italien und Zentral- und Osteuropa.

Die aktuelle Schwäche der österreichischen Wirtschaft, auch wenn diese im Vergleich mit anderen Staaten des Euroraumes gute Werte aufweist, sieht die OeNB in der anhaltend schwach ausgeprägten Inlandsnachfrage (Prognose für 2013: +0,5%) und dem von Unsicherheiten geprägten Investitionsklima. Erst ab 2014 rechnet die OeNB wieder mit einer Zunahme der Investitionsbereitschaft. Bedingt durch die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots und einem deutlich geringeren Beschäftigungszuwachs geht die OeNB von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit auf 4,7% im Jahr 2013 aus (2012: 4,4%), auch für das Jahr 2014 wird mit keiner Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt gerechnet. Ebenso wie das WIFO geht auch die Nationalbank von einem nachlassenden Inflationsdruck aus. Für 2013 wird mit einer Teuerungsrate von 1,3%, 2014 mit 1,4% gerechnet.

Hypo Alpe Adria

Die Affäre um die verstaatlichte Hypo Alpe Adria geht in ihre nächste Runde. Die 2009 mit Steuergeldern gerettete Bank soll, geht es nach EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia, abgewickelt werden. Erst im Dezember hatte die EU-Kommission eine staatliche Rettungsbeihilfe in der Höhe von 1,5 Milliarden Euro genehmigt, wartet aber noch immer auf einen Restrukturierungsplan für die Bank, der von der österreichischen Regierung vorzulegen ist.

Almunia möchte, dass die Hypo Alpe Adria die finanziell in Bedrängnis stehenden Tochterunternehmen

verkauft und nicht mehr einzubringende Kredite über eine „Bad Bank“ abbaut. In einem in die Medien geratenen Papier des Finanzministeriums werden die Kosten für diese Maßnahmen auf bis zu 4,4 Milliarden Euro geschätzt.³¹ Finanzministerin Fekter möchte die teure Restrukturierung, vermutlich auch mit einem Blick auf die heuer im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen, hinauszögern.

In Summe belaufen sich die Kosten für die Rettung der Hypo Alpe Adria bisher auf 2,2 Milliarden Euro. Für 2013 sind weitere 700 Millionen Euro vorgesehen, sodass die Gesamtkosten für die Rettung der Hypo Alpe Adria höher sind, als der Haftungsrahmen Österreichs für die Hilfspakete für Griechenland.

Tirol hat gewählt

Bei den Landtagswahlen am 28. April 2013 gelang es der ÖVP trotz leichter Verluste mit 39,6% der Stimmen das selbst gesetzte Ziel, die Zahl der Mandate im Landtag zu halten, zu erreichen. Die SPÖ verlor 1,6 Prozentpunkte (PP), blieb aber mit 13,8% zweitstärkste Partei. Die Grünen konnten um 1,4PP zulegen und erreichten 12,1%. Die Freiheitlichen rutschten um 2,8PP auf 9,6% ab. Die Neugründung „Vorwärts Tirol“ kam auf 9,3% der Stimmen. Die „Liste Fritz“, der große Wahlsieger der Landtagswahlen im Jahr 2008 verlor 12,7PP, schaffte jedoch mit 5,6% der Stimmen erneut den Einzug in den Landtag. „Fritz Gurgiser und Team“ verpasste mit 4,9% der Stimmen den Einzug nur knapp.

Das „Team Stronach“ konnte in Tirol nicht an die Erfolge in Niederösterreich und Kärnten anschließen und verpasste nach einer chaotischen Vorwahlphase mit zeitweise drei verschiedenen Stronach-Listen die 5-Prozent-Hürde für den Einzug in den Landtag.

Neuartig am Ergebnis der Landtagswahl war, dass es den Grünen in der Landeshauptstadt Innsbruck gelang, die ÖVP zu überholen und stimmenstärkste Partei zu werden. Demokratiepoltisch bedenklich war die Wahlbeteiligung. Nur rund 60% der Berechtigten gingen zur Wahl, ein historischer Tiefststand.

Nach der Wahl wurde erstmals in Tirol eine Regierungskoalition aus der ÖVP und den Grünen gebildet. Günther Platter bleibt Landeshauptmann. Landeshauptmann-Stellvertreterin wird Ingrid Felipe von den Grünen.

30 vgl. idF OeNB, Dezember 2012

31 vgl. Wiener Zeitung, 17. April 2013

Die Wahlen in Salzburg

Eine Woche nach den Landtagswahlen in Tirol traten auch die Salzburgerinnen und Salzburger an die Wahlurnen. Die SPÖ mit Landeshauptfrau Gabi Burgstaller als Spitzenkandidatin erlitt eine rauschende Niederlage, verlor fast 16 Prozentpunkte und rutschte mit 23,5% auf Platz zwei ab. Burgstaller trat daraufhin die Konsequenzen und trat noch am Wahlabend als Landesparteivorsitzende zurück. Stimmenstärkste Partei mit 29,3% wurde die ÖVP, trotz eines Minus von sieben Prozentpunkten. Parteichef Wilfried Haslauer, der bisherige Landeshauptfrau-Stv., wird neuer Landeshauptmann werden.

Am deutlichsten zulegen konnten die Grünen, welche ihren Stimmenanteil fast verdreifachen konnten und nun sieben statt zwei Sitzen im Landtag halten. Die FPÖ verlor den dritten Platz an die Grünen und kam auf 17,2%. Das Team Stronach erreichte mit 8,4% den Einzug in den Landtag. Nach Innsbruck wurde Salzburg-Stadt die zweite Landeshauptstadt mit einer Mehrheit der Grünen bei einer Landtagswahl.



Der Tiroler Arbeitsmarkt

Das erste Quartal 2013

Beschäftigung

Im ersten Quartal 2013 waren in Tirol im Schnitt 318.233 Menschen in einer unselbständigen Beschäftigung. Damit wurde der Vorjahreswert um 2,2% bzw. um 6.787 Personen übertroffen. Es waren mehrheitlich Frauen, welche zusätzlich Beschäftigung fanden. Die Zahl der beschäftigten Frauen stieg um 2,7% an, die der Männer um 1,7%.

Die beschäftigungsstärkste Branche im ersten Quartal war die Sachgüterproduktion, in der 48.678 Personen Arbeit fanden. Gegenüber dem Vorjahresquartal nahm die Zahl der in diesem Wirtschaftsabschnitt beschäftigten Menschen um 3,9% (+ 1.839 Personen). Fast der gesamte Zuwachs an Beschäftigung, rund 80%, waren Männer.

Im Handel waren 47.705 Personen tätig, der Beschäftigungszuwachs war mit 1,7% jedoch unterdurchschnittlich. 813 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren in dieser Branche zusätzlich zu verzeichnen.

Ein weit überdurchschnittlicher Beschäftigungszuwachs ließ sich im Gastgewerbe beobachten, in dem 6,3% mehr Menschen in Beschäftigung standen als im Vorjahresquartal. In absoluten Zahlen kamen 2.620 Beschäftigte hinzu, nach Geschlechtern gleich aufgeteilt. Unter diesen zusätzlichen Beschäftigten, diese Vermutung liegt nahe, dürften viele Personen aus den neuen EU-Staaten sein, die im Tiroler Tourismus Arbeit fanden.

Erfreulich ist, dass in keiner der beschäftigungsstarken Branchen der Tiroler Wirtschaft einen Rückgang an Beschäftigung ab. Neben der Sachgüterproduktion und dem Tourismus wurde besonders auch im Gesundheits- und Sozialwesen Beschäftigung aufgebaut (+ 1.100 Personen).

Aber nicht in allen Wirtschaftsabschnitten fand ein Zuwachs von Beschäftigung statt. In der Branche der freiberuflichen wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, zu der unter anderem Rechtsanwälte, Steuerberater, Werbefirmen, Unternehmens-

beratungen und Architekturbüros gehören, nahm die Zahl der Beschäftigten um 444 Personen gegenüber dem Vorjahr ab. Einen weiteren deutlichen Abbau von Beschäftigung gab es in der Branche der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Rund 40% des Rückgangs von 260 Personen in diesem Wirtschaftsabschnitt, entfielen auf den Beschäftigungsabbau bei den Arbeitskräfteüberlassern und betrafen in erster Linie männliche Beschäftigte.

Regional betrachtet stieg die Beschäftigung am stärksten im Bezirk Schwaz mit 3,2% (+1.216 Personen) und um Bezirk Landeck mit 2,9% (+651 Personen). Den geringsten Zuwachs an Beschäftigten wies der Bezirk Reutte mit 1,2% bzw. 163 Personen auf.

Arbeitslosigkeit

Seit einiger Zeit ist das Phänomen zu beobachten, dass sowohl die Beschäftigung steigt, aber auch die Anzahl der Arbeit suchenden Personen zunimmt. Diese auf den ersten Blick widersprüchliche Entwicklung kann einfach aufgelöst werden: die Gesamtzahl der Personen, die auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind, d.h. entweder tatsächlich arbeiten oder aktiv Arbeit suchen, nimmt ständig zu, das sogenannte Arbeitskräftepotenzial steigt.

So ist zu erklären, warum einerseits die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,2% zunimmt, aber im selben Zeitraum die Arbeitslosigkeit um 1,9% ansteigt. Im ersten Quartal 2013 waren im Schnitt 19.406 Personen in Tirol auf Arbeitssuche, ein Anstieg um 354 Personen gegenüber dem ersten Quartal 2012. Die Arbeitslosenquote lag bei 6,0%, wobei diejenige der Frauen bei niedrigeren 3,7%, diejenige der Männer bei 8,6% lag. Der gesamte Anstieg der Arbeitslosigkeit betraf die Männer (+2,9%), während die Zahl der beim AMS vorgemerkten Frauen sogar leicht abnahm (-0,3%).

Der stärkste Anstieg der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftsabschnitt betrachtet fand bei den Gesundheits- und Sozialberufen statt. Im Jahresvergleich waren um 17,7% bzw. um 139 Personen mehr Arbeitslose aus diesen Tätigkeitsbereichen heraus auf Arbeitssuche, sodass im Schnitt 922 Auch bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen fand ein Anstieg um 8,5% statt, der zum größten Teil bei den Leiharbeitsfirmen stattfand.

Die größte Gruppe Arbeitslose hatte im ersten Quartal jedoch das Baugewerbe als Herkunftsbranche.

5.543 Personen aus diesem Wirtschaftsbereich waren ohne Arbeit, das waren rund 29% aller Arbeitslosen in Tirol. Aus dem Gastgewerbe stammte mit 2.625 Arbeitssuchenden die zweitgrößte Gruppe, diese war jedoch im Vergleich zum Vorjahr um fast 8% kleiner.

Jugendarbeitslosigkeit

Im europäischen Vergleich sind in Österreich und Tirol nur sehr wenige junge Erwachsene ohne Arbeit, in der Tat hat Österreich zusammen mit Deutschland die mit Abstand niedrigste Jugendarbeitslosenquote der EU. Im März 2013 waren in Österreich „nur“ 7,6% der Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit, während der Durchschnitt im Euroraum bei 24% lag. Am dramatischsten ist die Situation in Spanien und Griechenland mit Arbeitslosenquoten von 55,9% bzw. 59,1% (Stand Jänner 2013).

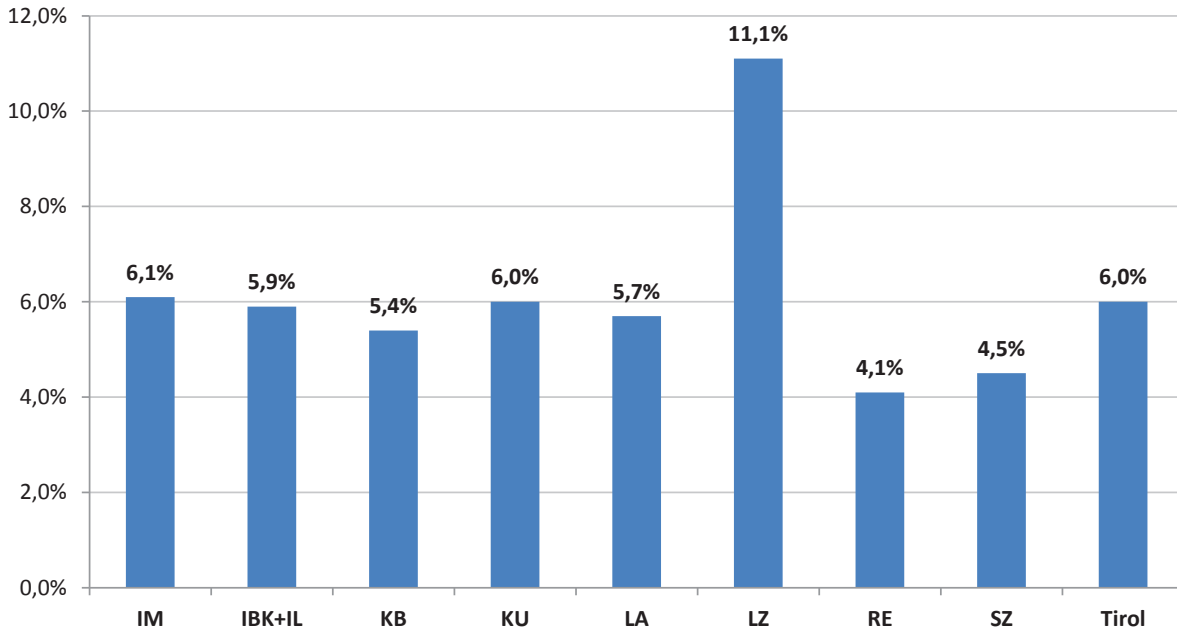
Dennoch, auch in Österreich liegt die Arbeitslosenquote der Jugendlichen und jungen Erwachsenen beinahe doppelt so hoch, wie die allgemeine Arbeitslosigkeit. In Tirol waren im ersten Quartal im Schnitt 3.291 Jugendliche auf Jobsuche, rund 70% davon waren junge Männer. Insgesamt blieb die Zahl der Arbeit suchenden Jugendlichen stabil, dies aber aufgrund der sinkenden Zahl von beim AMS vorgemerkten jungen Frauen (-5,9% ggü. dem Vorjahresquartal). Die Zahl der arbeitslosen Männer in diesem Alterssegment stieg hingegen um 2,7%.

Ein zunehmendes Problem: Altersarbeitslosigkeit

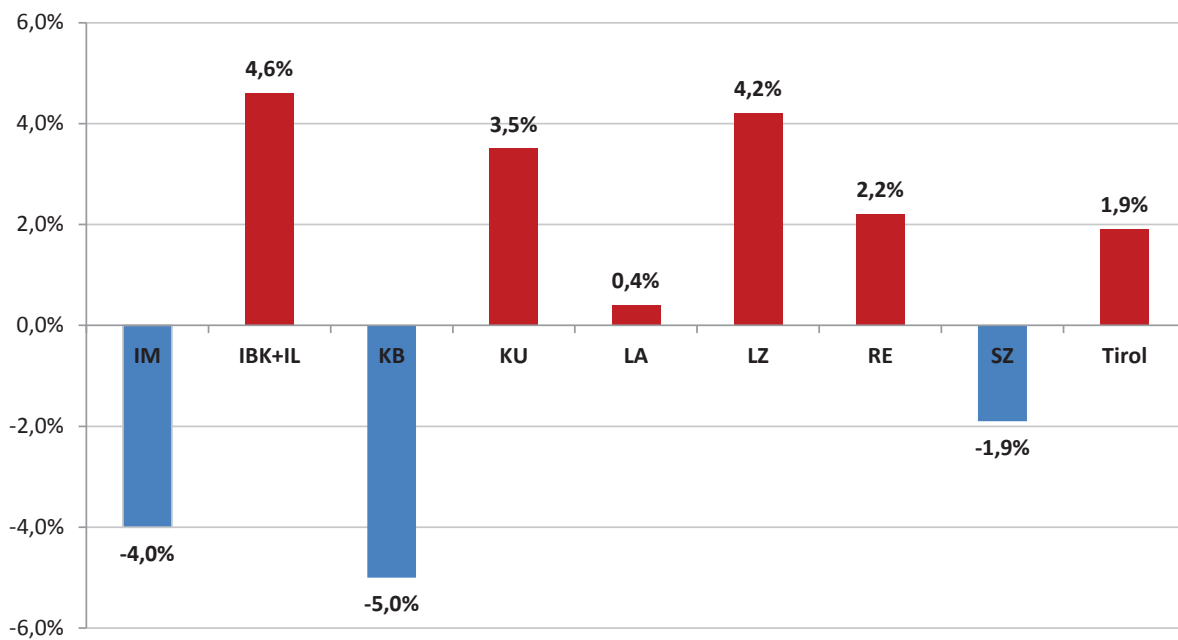
Zunehmend schwieriger wird der Arbeitsmarkt für Ältere. Auch im ersten Quartal 2013 stieg die Zahl der arbeitslosen Personen im Alter von 50+ deutlich an. Gegenüber dem Vorjahresquartal kamen 327 Arbeit suchende Personen hinzu, das entspricht einer Steigerung um 8,8%. Ein Faktor der höhere Arbeitslosenzahlen in dieser Altersgruppe begünstigt ist der demographische Wandel, die Gruppe 50+ wird immer größer. Jedoch liegt der Zuwachs der Arbeitslosen 50+ so deutlich über der Zunahme des allgemeinen Arbeitskräftepotenzials, dass diese Erklärung keinesfalls ausreicht. Der Tiroler Arbeitsmarkt, der hier allerdings keine Ausnahme bildet, scheint schlicht sehr schlecht geeignet zu sein, ältere Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Die Zunahme der Altersarbeitslosigkeit ist in Tirol geographisch breit gestreut: Kitzbühel +17,0%, Kufstein

+14,2%, Landeck +10,3%, Lienz +13,6%. Insgesamt waren im ersten Quartal 2013 4.039 Personen über 50 ohne Arbeit. Diese Zahl wird im mittelfristigen Vergleich nochmals deutlicher: im ersten Quartal 2008 waren es noch 2.775 Personen 50+ ohne Arbeit. Seither hat die Anzahl um 46% zugenommen.



Arbeitslosenraten in den Tiroler Bezirken im Quartal I 2013



Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen im Quartal I 2013 gegenüber dem Vorjahresquartal

Tirol gesamt

Arbeitsmarktübersicht Quartal I 2013

	Vergleich Quartal I 2013 mit Quartal I 2012				
	Anzahl	Frauen	Männer	Gesamt	
Beschäftigte	306.175	146.819	159.201	1,9%	1,4%
Zunahme Beschäftigung	5.580	3.205	2.221		
Arbeitslose	19.406	6.297	13.109	1,9%	2,9%
Veränderung Arbeitslose	354	-16	370		
Arbeitslosenrate	6,0%	3,7%	8,6%		
Arbeitslose unter 25 Jahre	3.291	1.004	2.286	-0,1%	2,7%
Veränderung AL unter 25 Jahre	-3	-63	59		
Arbeitslose 50+	4.039	1.253	2.786	8,8%	8,5%
Veränderung AL 50+	327	108	218		

Tirol Gesamt: Struktur der Arbeitslosigkeit

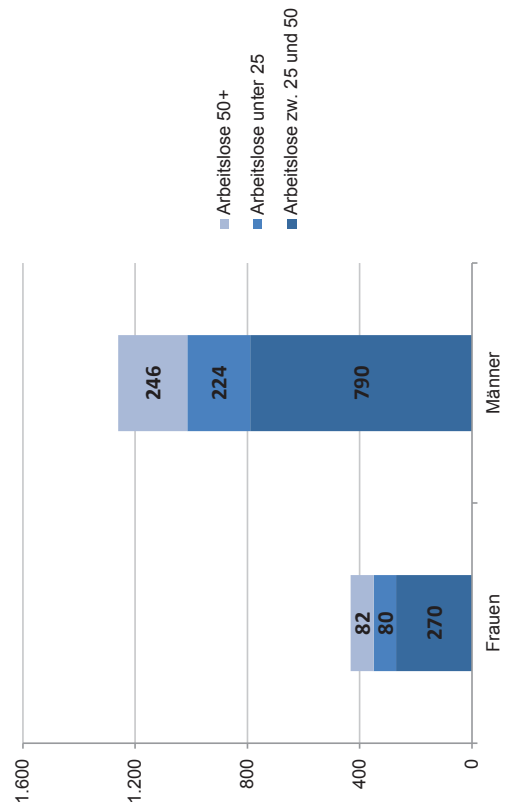


Bezirk Imst

Arbeitsmarktübersicht Quartal I 2013

	Vergleich Quartal I 2013 mit Quartal I 2012				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	
Beschäftigte	26.178	12.412	13.766	2,0%	1,8%
Zunahme Beschäftigung	524	282	242		
Arbeitslose	1.692	432	1.260	-4,0%	-5,9%
Veränderung Arbeitslose	-72	7	-79		
Arbeitslosenrate	6,1%	2,9%	9,8%		
Arbeitslose unter 25 Jahre	303	80	224	-5,1%	-13,4%
Veränderung AL unter 25 Jahre	-17	19	-34		
Arbeitslose 50+	328	82	246	0,0%	0,7%
Veränderung AL 50+	1	-1	2		

Bezirk Imst: Struktur der Arbeitslosigkeit



Innsbruck und Innsbruck-Land

Arbeitsmarktübersicht Quartal I 2013

	Vergleich Quartal I 2013 mit Quartal I 2012				
	Anzahl	Frauen	Männer	Gesamt	
Beschäftigte	121.327	59.418	61.910	1,1%	Männer 0,9%
Zunahme Beschäftigung	1.266	693	573		
Arbeitslose	7.621	2.743	4.878	4,6%	1,9% 6,2%
Veränderung Arbeitslose	337	51	286		
Arbeitslosenrate	5,9%	4,1%	7,8%		
Arbeitslose unter 25 Jahre	1.271	422	849	0,7%	-13,8% 9,9%
Veränderung AL unter 25 Jahre	9	-68	77		
Arbeitslose 50+	1.478	487	991	7,0%	9,9% 5,7%
Veränderung AL 50+	97	44	53		

Innsbruck & Innsbruck-Land: Struktur der Arbeitslosigkeit

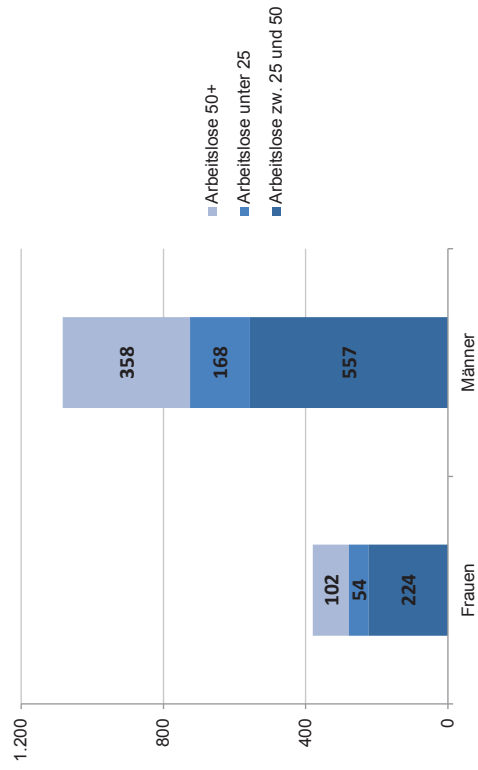


Bezirk Kitzbühel

Arbeitsmarktübersicht Quartal I 2013

	Vergleich Quartal I 2013 mit Quartal I 2012				
	Anzahl	Frauen	Männer	Gesamt	
Beschäftigte	25.473	12.471	13.002	2,4%	Frauen 2,1%
Zunahme Beschäftigung	592	253	338		
Arbeitslose	1.463	380	1.083	-5,1%	-9,1% -3,6%
Veränderung Arbeitslose	-78	-38	-40		
Arbeitslosenrate	5,4%	2,7%	8,4%		
Arbeitslose unter 25 Jahre	222	54	168	-5,0%	-14,3% -1,6%
Veränderung AL unter 25 Jahre	-11	-9	-2		
Arbeitslose 50+	365	102	358	17,0%	4,5% 22,7%
Veränderung AL 50+	53	5	48		

Bezirk Kitzbühel: Struktur der Arbeitslosigkeit

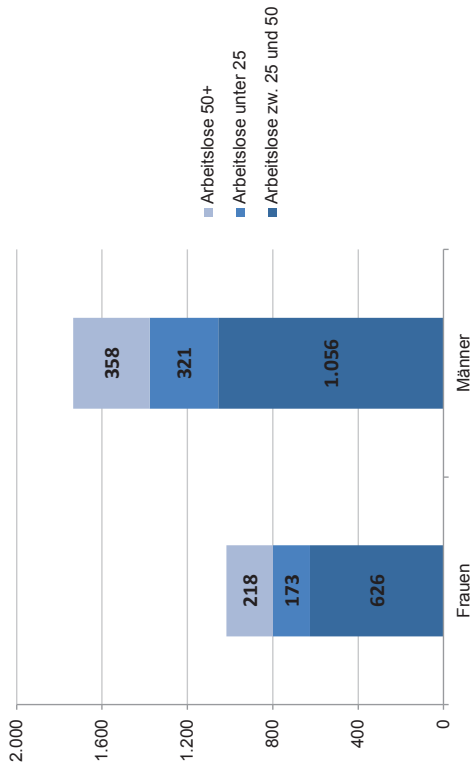


Bezirk Kufstein

Arbeitsmarktübersicht Quartal I 2013

Vergleich Quartal I 2013 mit Quartal I 2012						
	Anzahl	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	43.375	20.418	22.957	2,3%	2,9%	1,8%
Zunahme Beschäftigung	979	568	411			
Arbeitslose	2.752	1.017	1.735	3,5%	6,3%	1,9%
Veränderung Arbeitslose	93	60	33			
Arbeitslosenrate	6,0%	4,1%	8,1%			
Arbeitslose unter 25 Jahre	494	173	321	3,3%	6,1%	1,8%
Veränderung AL unter 25 Jahre	16	10	6			
Arbeitslose 50+	576	218	358	14,2%	17,6%	12,2%
Veränderung AL 50+	72	33	39			

Bezirk Kufstein: Struktur der Arbeitslosigkeit

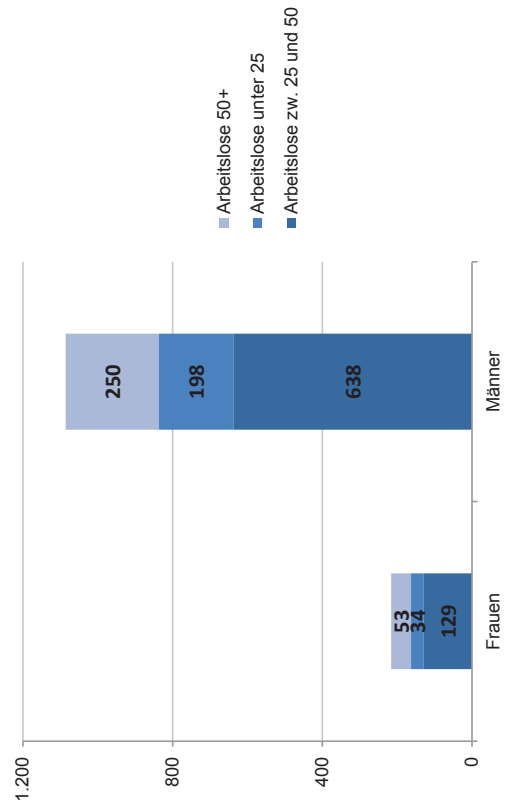


Bezirk Landeck

Arbeitsmarktübersicht Quartal I 2013

Vergleich Quartal I 2013 mit Quartal I 2012						
	Anzahl	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	21.593	10.148	11.446	3,1%	3,6%	2,6%
Zunahme Beschäftigung	646	357	289			
Arbeitslose	1.302	216	1.086	0,4%	-6,4%	1,8%
Veränderung Arbeitslose	5	-14	19			
Arbeitslosenrate	5,7%	1,7%	10,5%			
Arbeitslose unter 25 Jahre	232	34	198	2,7%	-12,7%	5,9%
Veränderung AL unter 25 Jahre	6	-5	11			
Arbeitslose 50+	303	53	250	10,3%	10,4%	10,3%
Veränderung AL 50+	29	5	24			

Bezirk Landeck: Struktur der Arbeitslosigkeit

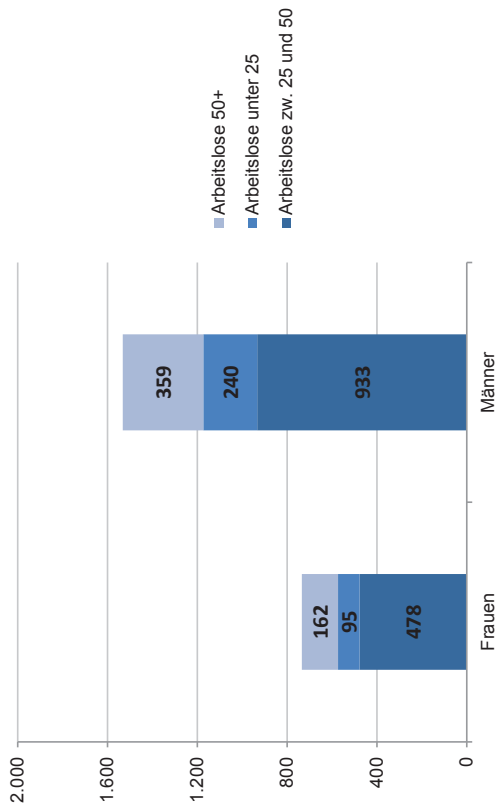


Bezirk Lienz

Arbeitsmarktübersicht Quartal I 2013

	Vergleich Quartal I 2013 mit Quartal I 2012				
	Anzahl	Frauen	Männer	Gesamt	
Beschäftigte	18.067	8.429	9.638	1,0%	Männer -0,3%
Zunahme Beschäftigung	172	204	-32		Frauen 2,5%
Arbeitslose	2.267	735	1.532	4,2%	7,7%
Veränderung Arbeitslose	92	-18	110		2,3%
Arbeitslosenrate	11,1%	6,6%	16,7%		
Arbeitslose unter 25 Jahre	335	95	240	-3,6%	-2,0%
Veränderung AL unter 25 Jahre	-13	-8	-5		
Arbeitslose 50+	520	162	359	13,6%	11,5%
Veränderung AL 50+	62	26	37		

Bezirk Lienz: Struktur der Arbeitslosigkeit

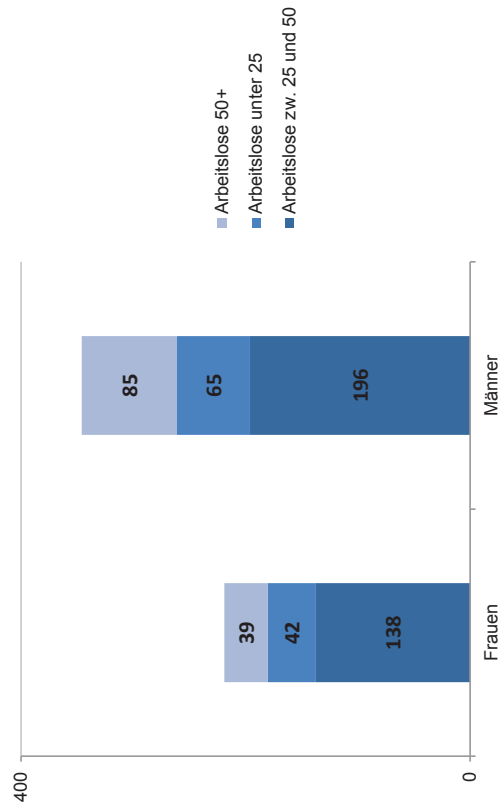


Bezirk Reutte

Arbeitsmarktübersicht Quartal I 2013

	Vergleich Quartal I 2013 mit Quartal I 2012				
	Anzahl	Frauen	Männer	Gesamt	
Beschäftigte	13.259	6.062	7.197	1,1%	Männer 1,3%
Zunahme Beschäftigung	151	57	94		Frauen 0,9%
Arbeitslose	564	219	346	2,2%	7,9%
Veränderung Arbeitslose	12	-13	26		-5,7%
Arbeitslosenrate	4,1%	2,9%	5,5%		
Arbeitslose unter 25 Jahre	107	42	65	15,1%	3,3%
Veränderung AL unter 25 Jahre	14	2	13		
Arbeitslose 50+	124	39	85	-6,3%	-15,2%
Veränderung AL 50+	-8	-7	-1		

Bezirk Reutte: Struktur der Arbeitslosigkeit



Bezirk Schwaz

Arbeitsmarktübersicht Quartal I 2013

	Vergleich Quartal I 2013 mit Quartal I 2012					
	Anzahl	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	36.902	17.463	19.440	3,5%	4,7%	2,4%
Zunahme Beschäftigung	1.251	790	461			
Arbeitslose	1.745	555	1.190	-1,9%	-8,5%	1,4%
Veränderung Arbeitslose	-35	-52	17			
Arbeitslosenrate	4,5%	2,7%	6,6%			
Arbeitslose unter 25 Jahre	327	105	222	-2,2%	-3,1%	-1,8%
Veränderung AL unter 25 Jahre	-7	-3	-4			
Arbeitslose 50+	345	111	234	7,0%	5,7%	7,7%
Veränderung AL 50+	23	6	17			

Bezirk Schwaz: Struktur der Arbeitslosigkeit



Der „New Deal“

In der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 wurde der Begriff des „New Deal“ erneut populär. Unter dem Schlagwort eines „Green New Deal“ oder der Forderung nach einem „New Deal für Europa“ wurden entschlossene und z.T. radikale Wirtschaftsreformen als Antwort auf die Krise gefordert. Was aber steckt ursprünglich hinter dem Begriff des New Deals?

Franklin D. Roosevelt

Der New Deal ist untrennbar mit dem 1933 ins Amt kommenden amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (FDR) verbunden. Unter Roosevelt wurde eine Reihe von bahnbrechenden Wirtschafts- und Sozialreformen als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise seit 1929 gestartet, die viele der heute selbstverständlichen Errungenschaften moderner Staaten vorwegnahmen. Die Summe dieser Maßnahmen wird unter dem Begriff „New Deal“ zusammengefasst. Die Einflussosphäre staatlichen Handelns wurde unter dem New Deal wesentlich ausgedehnt.

Die „100 Tage“

Roosevelt übernahm 1933 die amerikanische Präsidentschaft am Höhepunkt der 1929 beginnenden Weltwirtschaftskrise. Die Wirtschaftsleistung der USA war in diesem Zeitraum um rund 50% zurückgegangen, knapp ein Viertel aller Menschen waren ohne Arbeit. Innerhalb eines Zeitraums von März bis Juni 1933 nach Amtsantritt Roosevelts wurde eine Reihe von weitreichenden Gesetzen erlassen, um den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zu begegnen: die berühmten „100 Tage.“

Antworten auf die Bankenkrise

1933 sahen sich die USA einer massiven Bankenkrise gegenüber. Aufgrund der unsicheren Wirtschaftslage hoben Sparerinnen und Sparer massenhaft ihre Einlagen ab (sogenannte „Bank Runs“, wie sie auch aktuell in Zypern befürchtet wurden), aus Angst ihr Geld zu verlieren. Die Konsequenz waren zahlreiche Bankenpleiten, welche von Krediten abhängige Unternehmer und Geschäfte in den Ruin trieben und dadurch die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschärf-



© NARA

Bekämpfte mit massiven Arbeitsbeschaffungsprogrammen die Rekordarbeitslosigkeit: US-Präsident Franklin D. Roosevelt

ten. Roosevelt ordnete als eine seiner ersten Maßnahmen einen „Bank Holiday“ an, die Banken wurden landesweit für vier Tage geschlossen. In dieser Zeit wurde überprüft, welche Banken mit Geldern der Bundesregierung gerettet werden konnten. Später wurde eine Bankenaufsicht eingerichtet und erstmalig eine Einlagensicherung in Höhe von \$ 2.500 eingeführt. Das Vertrauen in das Bankensystem kehrte wieder zurück und Bankenpleiten konnten innerhalb kurzer Zeit auf ein Minimum reduziert werden.

Um das Risiko von Bankenkrisen durch Spekulationen einzudämmen, wurde der Glass-Steagall-Act beschlossen, der eine Trennung von Geschäftsbanken, welche das Kreditgeschäft übernehmen, und Investmentbanken, welche Spekulationen betreiben, vorsah. Dieses Gesetz galt in den USA bis 1999. 2008 wurde es, in ähnlicher Form, reaktiviert. Auch in der EU wird die Aufspaltung von Banken immer wieder diskutiert.

Abwertung des Dollars – Ankurbelung des Exports

Bis 1933 war der Dollar an den Goldstandard gebunden. Dadurch waren die USA zu einer restriktiven Geldpolitik gezwungen, was die Rezession anheizte. Roosevelt gab die Goldbindung weitgehend auf, was zu einer deutlichen Abwertung des Dollars führte. Dadurch wurden amerikanische Waren billiger und die Exporte angekurbelt.

Arbeitsbeschaffung und Arbeitsrechte

Um der katastrophalen Arbeitslosigkeit etwas entgegen zu setzen griff der Staat unter Roosevelt erstmals massiv in den Arbeitsmarkt ein und legte große Programme zur Arbeitsbeschaffung auf, erwirkte zahlreiche Neuerungen im Arbeitsrecht und griff regulierend in den Wettbewerb ein.

Für die Arbeitsbeschaffung wurden mehrere große Institutionen geschaffen, welche arbeitsintensive Projekte initiierten: Dämme, Brücken, Highways, Spitäler wurden gebaut, Sümpfe trocken gelegt und Wälder gerodet. Im Tennessee-Valley wurde erstmals eine öffentliche Elektrizitätsversorgung im großen Stil initiiert, um den ländlichen Raum mit Strom zu versorgen und die hohen Preise der privaten Energieerzeuger zu drücken. Millionen Menschen, vor allem junge Männer, fanden bei diesen Projekten Arbeit.

Die großen Arbeitsbeschaffungsprogramme liefen spätestens 1943 aus, da durch die Umstellung auf die Kriegswirtschaft, die Arbeitslosigkeit so gut wie verschwand.

1935 wurden mit dem Wagner-Act umfassende Arbeitnehmerrechte implementiert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhielten das Recht auf Bildung von Gewerkschaften, konnten Löhne und Arbeitsbedingungen kollektiv verhandeln und ein formelles Streikrecht wurde eingeführt. Dazu wurde das National Labour Relations Board gebildet, eine Art sozialpartnerschaftliche Institution, die bei Arbeitskonflikten vermittelnd eingriff. Mit dem Fair Labor Standards Act von 1938 wurde ein nationaler Mindestlohn, eine Arbeitszeitbegrenzung auf 44 Stunden pro Woche und das Verbot von Kinderarbeit eingeführt.

Sozial- und Pensionsversicherung

Neu für die USA war auch die Einführung einer allgemeinen Versorgung für ältere Menschen. Mit dem Social Security Act von 1935 wurde erstmals eine bundestaatliche Regelung für eine Pensionsversicherung eingeführt und auch eine rudimentäre Arbeitslosenunterstützung fand Eingang. Allerdings

waren die Leistungen aus diesen Versicherungen nur sehr gering und die Versicherungsabdeckung lückenhaft. So wurden landwirtschaftliche Arbeiterinnen und Arbeiter oder Hotelangestellte erst sehr viel später in die Versicherungsschemata einbezogen.

New Deal – eine Bewertung aus heutiger Sicht

Unter dem New Deal fand eine Neudefinition der Aufgaben des Staates statt. Die Weltwirtschaftskrise stürzte die amerikanische Wirtschaft in eine katastrophale Lage. Massenarbeitslosigkeit, bittere Armut und sogar Hunger waren die Folge. Roosevelt ging vom gescheiterten Prinzip der Nichtintervention des Staates in wirtschaftliche Belange ab - der Staat wurde ein aktiver und gewichtiger Faktor. Der New Deal war kein in sich geschlossenes Programm, sondern eine ganze Reihe von verschiedenen Gesetzesinitiativen, die oftmals im Grunde soziale und wirtschaftliche Experimente (die am New Deal Beteiligten sahen das durchaus selbst so) mit oft unbekanntem Ausgang waren.

Einiges funktionierte auch nicht: Gesetze aus der Anfangszeit des New Deals waren verfassungswidrig und mussten zurückgenommen werden, die Einführung eines sehr niedrigen Mindestlohns führte oft zu Lohnkürzungen, da die Arbeitgeber nicht über den Mindestlohn hinausgingen und aufgrund einer viel zu restriktiven Budgetpolitik schlitterten die USA in Roosevelts zweiter Amtszeit ab 1936 erneut in die Rezession auch die Arbeitslosenzahlen stiegen wieder. Erst mit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurden die Folgen der Weltwirtschaftskrise endgültig überwunden.

Trotzdem zeigte der New Deal, dass der Staat eine wichtige und aktive Rolle in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sphäre zu spielen hatte, die soziale Lage vieler Menschen verbessern und die Wirtschaft ankurbeln konnte. Viele der Institutionen und Rechte, die heutzutage als selbstverständlich gelten wurden erstmals im New Deal im großen Ausmaß geschaffen.

Heutige Interpretation des Begriffs New Deal („Green New Deal“) fordern Initiativen, für eine Ökologisierung von Produktion und Energieversorgung oder Maßnahmen zur gleichmäßigeren Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die Frage nach der Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft steht nach wie vor im Zentrum dieser Debatten, 1933 genauso wie 2013.

Negativsteuer

Absetzbetrag

Freibetrag

Das österreichische Einkommensteuerrecht ist geprägt vom Leistungs-fähigkeitsprinzip: Jeder und jede soll zur Finanzierung staatlicher Leistungen nach der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen. Als Maßstab dafür dient das individuelle Einkommen. Bürger mit höheren Einkommen haben mehr Steuern zu zahlen als jene mit nur niedrigen Einkommen.

Der Gesetzgeber hat dazu einen progressiven Steuertarif, einen Steuerfreibetrag von 11.000 € jährlich (bei lohnsteuerpflichtigen Einkünften: 12.000 €), Absetzbeträge sowie eine Negativsteuer eingeführt.

Die Negativsteuer

Verdienen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so wenig, dass sie keine Lohnsteuer zahlen, haben sie dennoch die Möglichkeit, eine Steuergutschrift (Negativsteuer) zu erhalten.¹

Der Gesetzgeber hat 1994 durch die Einführung der Negativsteuer, die eine Rückerstattung der Einkommensteuer ermöglicht, einen „negativen Tarifbereich“ bei der Einkommensteuer geschaffen.

Rückerstattung der Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung

Bei einem Jahreseinkommen von unter 12.000 € erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 10 % der vom Lohn einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge - höchstens jedoch 110 € jährlich - als Steuergutschrift im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung zurück. Steuerpflichtigen mit ausschließlich Pensionseinkünften steht diese Negativsteuer nicht zu.

Hat ein Arbeitnehmer mindestens in einem Monat Anspruch auf ein Pendlerpauschale, steht ein Pendlerzuschlag in Höhe von 290 € (2012: 141 €) zu.² Die Negativsteuer ist dann mit 18 % (2012: 15 %) der Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung begrenzt, es können insgesamt bis zu 400 € (2012: 251 €) als Negativsteuer gutgeschrieben werden.

Hintergrund dieser erhöhten Negativsteuer ist, dass Geringverdiener vom Pendlerpauschale nicht profitieren: Das Pendlerpauschale reduziert als Freibetrag nur die Steuerbemessungsgrundlage - ist das Einkommen jedoch so gering, dass keine Steuer zu zahlen ist, kann sich das Pendlerpauschale auch nicht steuermindernd auswirken.

Rückerstattung Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag

Liegen die Voraussetzungen für die Zuerkennung von Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrag vor, erhalten Steuerpflichtige mit einem geringen Einkommen den Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrag als Negativsteuer rückerstattet.

Diese Steuergutschrift dient als Ausgleich dafür, dass sich die Absetzbeträge bei niedrigen Einkommen nicht oder nur begrenzt steuermindernd auswirken. Auch Pensionisten, freie Dienstnehmer und Selbständige haben, soweit ihnen der Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag zusteht, Anspruch auf diese Form der Negativsteuer.

Die Ermittlung der Negativsteuer erfolgt im Wege der Arbeitnehmerveranlagung.

¹ vgl. § 33 Abs 8 Einkommensteuergesetz 1988 BGBl 1988/400 idF BGBl I 2013/53 (EStG).

² vgl. § 33 Abs 9 EStG

Beispiel: Lohnsteuerbemessungsgrundlage € 15.000

	€ 500 als ...		ohne Absetz- od. Freibetrag
	Absetzbetrag	Freibetrag	
Steuerersparnis	€ 500,00	€ 182,50	€ -
Nettobetrag nach Steuer	€ 14.405,00	€ 14.087,50	€ 13.905,00

Ein Beispiel für die verschiedenen Auswirkungen von Absetzbetrag und Freibetrag. € 500 wirken sich, je nachdem, ob sie als Absetzbetrag oder als Freibetrag geführt werden, unterschiedlich aus. Beim Absetzbetrag wirken sie in der vollen Höhe steuermindernd, beim Freibetrag nur in der Höhe des jeweiligen Steuersatzes.

Beispiel: Eine alleinerziehende Mutter von einem Kind hat 2012 halb-tags gearbeitet, die geleisteten Sozialversicherungsbeiträge betragen (angenommen) 1.580 €. Bei der Arbeitnehmerveranlagung ergibt sich für sie nach Abzug der Absetzbeträge eine Negativsteuer von 652 €, d.h. sie bekommt 10 % von 1.580 €, also 158 € an Sozialversicherungsbeiträgen und 494 € für den Alleinerzieherabsetzbetrag vom Finanzamt rückerstattet.

Beispiele: Pendlerpauschale; Kinderfreibetrag; Veranlagungsfreibetrag (Zuverdienstgrenze) für geringe andere Einkünfte neben den lohnsteuerpflichtigen Einkünften

Der Absetzbetrag

Absetzbeträge werden in voller Höhe direkt von der errechneten Steuer abgezogen und reduzieren somit die tatsächliche Steuerschuld. Hinter den Absetzbeträgen im Einkommensteuerrecht stehen oft soziale Erwägungen des Gesetzgebers. So wird versucht, höhere Belastungen von Alleinverdienern durch den Alleinverdienerabsetzbetrag abzufedern.

Beispiele: Pendlereuro; Verkehrsabsetzbetrag; Alleinverdienerabsetzbetrag; Alleinerzieherabsetzbetrag

Der Freibetrag

Ein Freibetrag reduziert das zu versteuernde Einkommen, da er vor der Berechnung der Steuer direkt von der Steuerbemessungsgrundlage abgezogen wird. Davon profitieren Personen mit einem höheren Einkommen aufgrund ihres dadurch höheren Steuersatzes stärker. So vermindert etwa das Pendlerpauschale das steuerpflichtige Einkommen und wirkt sich in Höhe des jeweiligen Steuersatzes aus.

Ein Freibetrag ist ein Betrag, der immer steuerfrei bleibt. Die Steuer wird nur von jenem Betrag errechnet, der den Freibetrag übersteigt. So ist beispielsweise bei den Sonderzahlungen ein Betrag von 620 € jährlich steuerfrei, darüber hinausgehende Beträge sind bis zur Höhe des Jahressechstels mit 6 % zu versteuern.



© framino

Italienische Verhältnisse

Wahlen und Wahlsystem in Italien

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Selten passte dieses Sprichwort so sehr wie auf Italien nach dem 24. und 25. Februar 2013. Die Parlamentswahlen brachten unserem südlichen Nachbar keine eindeutigen Mehrheiten und damit die viel zitierten italienischen Verhältnisse. Die Ursache liegt in erster Linie einem Wahlsystem, das unterschiedliche Mehrheiten in Senat und Abgeordnetenkammer allzu leicht möglich macht.

Zu den Besonderheiten des politischen System Italiens gehört der Umstand, dass das Parlament mit Senat und Abgeordnetenkammer aus zwei Kammern besteht, die mit exakt denselben Kompetenzen ausgestattet sind. Beide Kammern werden am selben Tag gewählt, an denen die italienischen Wähler pro Kammer einen eigenen Wahlzettel erhalten.

Unterschiedlich ist dann aber die Art, wie die Sitze vergeben werden. Während für die Kammer auf nationaler Ebene die Partei bzw. das Bündnis mit den meisten Stimmen jedenfalls 340 von 630 Sitzen und damit die absolute Mehrheit erhält, wird im Senat

ebenfalls ein Mehrheitsbonus gewährt, der allerdings auf Ebene von 18 Regionen vergeben werden. In Trentino-Südtirol, Aosta und für die im Ausland ansässigen Italiener wird ein separates Kontingent an Sitzen vergeben.

Besonders ist auch die Möglichkeit für Parteien, eigenständig oder in Bündnissen zur Wahl anzutreten. Für eigenständig antretende Parteien gilt eine Sperrklausel von 4 %, bei Bündnissen liegt sie bei 10 %. Innerhalb eines Bündnisses werden aber nur jene Parteien berücksichtigt, wenn sie zumindest 2 % der Stimmen erhalten haben.

Auf den Stimmzetteln selbst finden sich nur die Logos der Parteien: Jene der in einem Bündnis antretenden Parteien sind direkt aneinander grenzend aufgedruckt, jene der eigenständig kandidierenden

Großes Bild oben: Pier-Luigi Bersani, der mit seinem Bündnis die Wahlen am 24. und 25. Februar 2013 für sich entscheiden konnte. Obwohl Spitzenkandidat, schaffte es Bersani aber nicht auf den Posten des italienischen Ministerpräsidenten.

Parteien sind im Abstand zueinander. Durch Ankreuzen einer Partei zählt die Stimme automatisch auch für das Bündnis, falls sie in einem solchen angetreten ist.

Hinzu kommt das in westlichen Demokratien wohl einmalige Relikt der Senatoren auf Lebenszeit: Jeder Staatspräsident kann in seiner Amtsperiode bis zu fünf Senatoren auf Lebenszeit ernennen, und er selbst wird es nach Ende seiner Amtszeit ebenfalls automatisch. Derzeit sitzen im Senat vier Senatoren auf Lebenszeit, der älteste unter ihnen ist der mittlerweile 94jährige Giulio Andreotti.

Die jüngsten Wahlen brachten den „worst case“ für die Regierungsbildung: Von den mehr als 50 Parteien, die zu den Wahlen angetreten waren, kamen zwar „nur“ 13 in die Kammer und 11 in den Senat. Während sich von der prozentuellen Verteilungen her die Ergebnisse der verschiedenen Parteien und Bündnisse nur geringfügig unterschieden, errang das Bündnis von Pierluigi Bersani in der Kammer die absolute Mehrheit, im Senat konnte sich Bersani nur dank der separat vergebenen Sitze für Südtirol, Trentino, Aosta und den Auslandsitalienern eine knappe relative Mehrheit sichern.

Das bedeutet, dass der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten einen Koalitionspartner im Senat benötigte, andererseits aber auch keine Mehrheit gegen

	Abgeordnetenversammlung		Senat	
	Anteil	Sitze	Anteil	Sitze
Bündnis Bersani	29,5%	345	31,9%	123
<i>davon: Partito Democratico</i>	25,5%	297	27,0%	109
Bündnis Berlusconi	28,7%	125	30,0%	117
<i>davon: Polo della Libertá</i>	21,3%	98	21,7%	98
Movimento 5 Stelle	25,1%	109	23,3%	54
Bündnis Monti	10,8%	47	9,3%	19
<i>davon: Con Monti per l'Italia</i>	8,6%	39	9,3%	19
Summe sonstige Parteien	5,9%	4	5,5%	2
Sitze Gesamt	630		315	

Das Wahlergebnis der italienischen Wahlen 2013: Abgeordnetenversammlung und Senat

Bersani gebildet werden konnte, da er in der Abgeordnetenversammlung über die absolute Mehrheit verfügt. Somit war unter den zur Wahl angetretenen Spitzenkandidaten nur Bersani als Regierungschef denkbar.

Geradezu ausweglos schien die derzeitige Lage zwei Monate nach der Wahl: Eine Koalition des linken Lagers mit dem Bündnis vom bisherigen Ministerpräsidenten Mario Monti reicht im Senat nicht zur Mehrheit. Mit Silvio Berlusconi schloß Bersani eine Koalition



© La Moncloa / Gobierno de España

Obwohl nicht Spitzenkandidat, wurde Enrico Letto (links) neuer italienischer Ministerpräsident. Hier mit Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy

aus, und Quereinsteiger Peppe Grillo wiederum verweigerte jede Zusammenarbeit mit den etablierten Parteien. Eine neuerliche Expertenregierung oder

die Unterstützung einiger Senatoren von der Bewegung 5 Sterne waren nach nicht in Sicht.

Höhepunkt der mühsamen Suche war die Wahl eines neuen Staatspräsidenten, der in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern sowie je drei Vertreter pro Region gewählt wird. Trotz einer klaren Mehrheit für das linke Lager schaffte deren Kandidat in den ersten drei Wahl-

gängen nicht die notwendige zwei-Drittel-Mehrheit. Im vierten Wahlgang, ab dem die absolute Mehrheit genügt, wurde Romano Prodi vorgeschlagen. In der geheimen Abstimmung stimmten jedoch an die Hundert Vertreter aus dem linken Lager nicht für ihn. Und so kam es, dass im sechsten Wahlgang der 87jährige Giorgio Napolitano als erster italienischer Staatspräsident für eine zweite Amtsperiode wiedergewählt wurde.



© ForumPA

Im Ausland Respekt gewonnen, daheim die Wahlen verloren: Italiens technokratischer Ministerpräsident Mario Monti enttäuschte bei den Wahlen

Die Wiederwahl Napolitanos, der 1953 für die kommunistische Partei erstmals in die Abgeordnetenkammer gewählt wurde, wurde auch von Silvio Berlusconi unterstützt. Bersani, der mit seinen Vorschlägen gescheitert war, kündigte daraufhin seinen Rücktritt als Parteichef der Sozialdemokraten an.

Mit der Wiederwahl des Staatspräsidenten hat er nun wieder die Kompetenz, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen zu veranlassen. Im letzten halben Jahr seiner Amtszeit das Parlament war ihm diese Möglichkeit untersagt. Nach seiner neuerlichen Verteidigung beauftragte Napolitano die Nummer zwei der Sozialdemokraten, Enrico Letta, mit der Regierungsbildung. Letta gelang es eine Mehrparteienkoalition aus Sozialdemokraten, Berlusconis „Volk der Freiheit“ und Montis „Scelta Civica“ zu bilden. Die neue Regierung wurde am 27. April vereidigt.

Wie es überhaupt dazu kommen konnte, dass bei den Parlamentswahlen Silvio Berlusconi trotz seiner zahlreichen Negativschlagzeilen bei den Italienern erneut so viel Zuspruch erhielt und sein Bündnis zweitstärkste Kraft wurde, ist gerade aus außenstehender Sicht schwer verständlich.

Unbestritten ist jedoch, dass sein Versprechen im Wahlkampf, die von Mario Monti eingeführte Immobiliensteuer IMU auf Erstwohnungen wieder abzu-

schaffen und für das Vorjahr sogar zurückzuerstatten, ihm viele Stimmen gebracht hat.

Während sich nach dem tiefgreifenden Wandel in Italiens Parteienlandschaft Anfang der 1990er Jahre zwei Blöcke etablierten, sind im neuen Parlament vier starke Bündnisse bzw. Parteien im Parlament vertreten. Das derzeitige Wahlsystem wurde jedoch erst 2005 beschlossen und kam bisher erst drei Mal zur Anwendung. Dabei brachte es nach 2006 heuer bereits zum zweiten Mal unklare Machtverhältnisse. Ohne eine Wahlrechtsreform ist die Gefahr sehr groß, dass es auch in Zukunft immer wieder unterschiedliche Mehrheiten in den beiden Kammern gibt.

Eindeutiger Verlierer der Wahl war jedoch Mario Monti, der mit seinem rigiden Sparkurs und der pro-europäischen Politik weniger als 10 % der Stimmen erhielt. Geradezu symbolhaft ist jedoch seine Mehrheit bei den im Ausland lebenden Italienern, und auch unter den in Österreich lebenden Italienern erhielt sein Bündnis mit 30 % die meisten Stimmen.

WISO? DESHALB!

Reform Pendlerpauschale

Warum sie unzureichend ist.

MMag. Peter Hilpold

Nach jahrelangen Forderungen der Reform des Pendlerpauschales – nicht zuletzt auch von der Arbeiterkammer Tirol – wurden von der Bundesregierung Ende des Jahres 2012 Neuerungen für Pendler angekündigt und im Februar 2013 auch vom Nationalrat beschlossen. Leider wurde die Änderung aber nicht dazu genutzt, zahlreiche Ungerechtigkeiten und Probleme in Zusammenhang mit dem Pendlerpauschale zu beseitigen.

Mit der Novelle des Einkommenssteuergesetzes, die rückwirkend mit 1. Jänner 2013 in Kraft tritt, bleiben die Regelungen zum Pendlerpauschale größtenteils unverändert: So wird der Pauschalbetrag weiterhin als Freibetrag gewährt. Es bleibt somit der Missetand aufrecht, dass Arbeitnehmer mit geringem Einkommen weniger profitieren als jene in höheren Steuerklassen, da der Freibetrag die Senkung der Lohnsteuerbemessungsgrundlage bewirkt.¹

Nachdem aber Kosten für Pendler – sei es das Ticket für den öffentlichen Verkehr oder der Treibstoff für das Auto – für alle gleich ist, wäre es im Sinne der Gerechtigkeit wichtig und richtig, das Pendlerpauschale als Absetzbetrag zu gewähren, damit alle Arbeitnehmer unabhängig von der Lohnsteuerklasse gleichermaßen profitieren. Der Verkehrsabsetzbetrag und der neu eingeführte Pendlereuro zeigen, dass dies möglich ist.

Außerdem wird weiterhin zwischen großem und kleinem Pauschale unterschieden, und auch die Zumutbarkeitsgrenzen bleiben vorerst unverändert. Das bedeutet, dass Pendeln mit öffentlichen Verkehrsmitteln jedenfalls zumutbar ist, wenn der Weg zur Arbeit weniger als 90 Minuten in Anspruch nimmt. Würde die Fahrt über 150 Minuten dauern, sind sie jeden-

falls unzumutbar. Zwischen 90 und 150 Minuten kommt es darauf an, wie schnell der Pendler mit dem Auto zur Arbeit gelangen würde: Ist der Arbeitnehmer mit öffentlichen Verkehrsmitteln drei Mal so lang unterwegs, ist keine Zumutbarkeit gegeben.

In der Praxis ergeben sich beim Prüfen noch weitere Tücken. So ist die Situation an den überwiegenden Tagen entscheidend: Für jemanden, der auch an Wochenenden arbeitet, können öffentliche Verkehrsmittel aufgrund der Anbindungen von Montag bis Freitag sehr wohl zumutbar sein, auch wenn am Wochenende gar kein Bus oder Bahn auf der Strecke verkehrt.

Darüber hinaus ist für die Berechnung die überwiegende Wegstrecke ausschlaggebend und nicht die gesamte Wegstrecke: Auch wenn der Bahnhof oder die Bushaltestelle aufgrund der Entfernung gar nicht zu Fuß erreicht werden kann, können öffentliche Verkehrsmittel als zumutbar gelten, wenn auf dem überwiegenden Teil Busse und Züge verkehren. Kleines Pendlerpauschale heißt also nicht, dass der Weg in die Arbeit ausschließlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln möglich sein muss.

Und so kommt selbst das Finanzamt in den Hinweisen zum Pendlerpauschale selbst zum Schluss:

¹ BGBl. 53/2013

„Wenn Ihr Wohnort und die Arbeitsstätte innerhalb eines Verkehrsverbundes liegen und Sie während des Tages arbeiten, wird Ihnen infolge der günstigen Verbindungen die Benützung eines öffentlichen Verkehrsmittels meist zumutbar sein.“² Das ausführliche Regelwerk hat also zur Folge, dass schlussendlich nur sehr wenige Arbeitnehmer tatsächlich auch Anspruch auf das große Pendlerpauschale haben.

Für viele Arbeitnehmer sorgt diese Unterscheidung für Unmut, da die persönliche Entscheidung der Verkehrsmittelwahl auf anderen Kriterien der Zumutbarkeit erfolgt. Aus diesem Grunde wäre eine Pendlerpauschale ohne Unterscheidung zwischen groß und klein im Sinne der Akzeptanz der Arbeitnehmer und der Entbürokratisierung ein wichtiger Schritt. Immerhin müsste ja nach jedem Fahrplanwechsel aufgrund möglicher Änderungen im Fahrplan die Zumutbarkeit neu geprüft werden.

Eine Verbesserung stellt die Reform für Teilzeitbeschäftigte mit nur einem oder zwei Arbeitstagen pro Woche dar. Bislang hatten nämlich jene Arbeitnehmer keinen Anspruch, die an weniger als 11 Tagen pro Monat pendelten. Nun gilt eine Staffelung, nach der ein Drittel des Pauschalbetrages zusteht, wenn vier bis sieben Mal gependelt wird, zwei Drittel sind es bei acht bis zehn Tagen. Gleichzeitig wurde der Betrag, den Geringverdiener als Negativsteuer maximal erhalten können, im Falle des Anspruchs auf Pendlerpauschale auf 400 Euro erhöht.

Dies ist dahingehend wichtig, als dass Teilzeitbeschäftigte häufig keine Lohnsteuer entrichten müssen und somit nur im Rahmen einer Rückerstattung der Negativsteuer profitieren können. Ebenso ist eine Einschleifregelung für jene vorgesehen, die weniger Lohnsteuer geleistet haben als ihnen als Rückerstattung zustehen würde. Auch Wochenendpendler können nun Pendlerpauschale beantragen, wenngleich sie bei 4 bis 5 Wochenenden pro Monat nur auf ein Drittel des Pauschalbetrages Anspruch haben.

Eine wesentliche Neuerung ist die Einführung des Pendlereuros: Auf diesen haben nur jene Anspruch, die nach den bisherig erläuterten Kriterien auch Anspruch auf Pendlerpauschale haben. Er wird als Absetzbetrag jährlich in Höhe der Kilometer der Wegstrecke (Hin- und Rückfahrt) gewährt. Somit ist der Pendlereuro als Erhöhung des Pendlerpauschales zu sehen, nachdem dieses im Juli 2008 letztmals erhöht wurde.

Es ist jedoch bemerkenswert, dass der Pendlereuro kilometergenau abgerechnet wird. Damit wird auch deutlich, dass es sehr wohl möglich wäre, eine nach der Fahrtstrecke differenziertere Staffelung einzuführen, anstatt an den derzeit definierten Klassen von 2 bis 20 km (nur für das große Pendlerpauschale), 20 bis 40 km, 40 bis 60 km sowie über 60 km festzuhalten. Diese 20-km-Schritte führen nämlich in der Praxis zu zahlreichen Härtefällen mit entsprechenden finanziellen Auswirkungen, da die Höhe des Freibetrags von einer Klasse zur nächsten sehr groß ist. Wären mehr Klassen definiert, würden die Unterschiede an den Klassengrenzen deutlich entschärft. Der Großteil der Pendler, die aufgrund einer zu kurzen Wegstrecke zur Arbeit von weniger als 20 km und zumutbarer öffentlicher Verkehrsmittel keinen Anspruch auf Pendlerpauschale haben, bleiben aus Sicht des Finanzamtes weiterhin Nichtpendler und kommen somit weder in den Genuss von Pendlerpauschale noch vom Pendlereuro.

Fazit

Das Fazit der Reform fällt somit ernüchternd aus. Die Verbesserungen für Teilzeitbeschäftigte und Einkommensschwache sind ein wichtiger Schritt. Mit Einführung des Pendlereuro wird die bislang nicht einfache Regelung der Pendlerpauschale aber noch komplizierter. Die eigentlichen Probleme und Ungerechtigkeiten, nämlich die Gewährung des Pendlerpauschals als Absetzbetrag sowie die Vereinheitlichung von großem und kleinem Pauschale, bleibt durch diese Novelle aber weiterhin bestehen. Die Forderung nach einer umfangreichen Reform bleibt somit weiter aufrecht.

² BMF, Formular L34, Version vom 14. März 2013, S.3



© European Parliament

EU-Förderungen

Von der siebenjährigen EU-Förderperiode über die EU-Strukturfonds bis zu konkreten Projekten

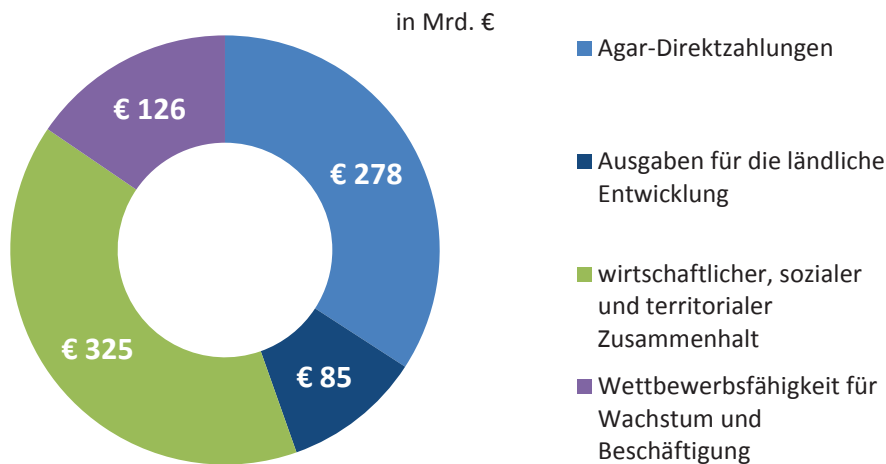
1. Einleitung – Europäischer Mehr-jähriger Finanzrahmen

Der folgende Artikel soll einen Einblick in die Förderlandschaft der EU geben und die komplexen Strukturen und verschiedenen Ebenen, auf denen EU-Gelder ausgegeben werden, verständlich machen. Gerade in Zeiten nationaler Haushaltskonsolidierungen ist auch das Budget der EU, das derzeit für den Zeitraum der nächsten 7 Jahre, dem sogenannten mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020, beschlossen wird, gewissen Sparzwängen unterworfen.

Es ist jedoch zu beachten, dass mehr als 85% des EU-Budgets über Förderungen wieder an die Mitgliedstaaten ausgeschüttet werden. Im Gegensatz zu nationalen Budgets wird der Großteil des EU-Budgets somit für die sogenannten EU-Förderungen ausgegeben. Der Verwaltungsaufwand der EU schluckt hingegen nur etwas über 5% des gesamten EU-Haushalts.

Laut Einigung der Staats- und Regierungschefs vom 8. Feb. 2013 soll der mehrjährige Finanzrahmen für 2014-2020 ca. 970 Mrd. Euro betragen. Davon entfallen knapp 39% auf die Landwirtschaftsausgaben. Hier ist zwischen Agrar-Direktzahlungen, für welche € 278 Mrd. vorgesehen sind und Ausgaben für die ländliche Entwicklung in Höhe von € 85 Mrd. zu unterscheiden.

Der zweitgrößte Ausgabenposten des 7-Jahres-Budgets, nämlich 34%, rund € 325 Mrd., fällt unter die Rubrik wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt. Hierzu gehören beispielsweise die Ausgaben für die Regionalentwicklung (EFRE) oder der europäische Sozialfond ESF, also jene Fonds, die bisher auch unter dem Namen EU-Strukturfonds bekannt waren. Schließlich werden 13% des EU-Budgets für die Rubrik Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung bereitgehalten. Hier stehen beispielsweise für Forschung oder für die sogenannten transeuropäischen Netze (Strom, Ver-



den sie zukünftig auch „GSR-Fonds“ genannt (bisher waren sie auch unter dem Namen Strukturfonds bekannt).

Diese Fonds werden von den Mitgliedstaaten und der Kommission gemeinsam verwaltet, da eine EU-Förderung aus diesen Fonds eine nationale Kofinanzierung durch den Mitgliedstaat (sei es auf Bundes- oder Landesebene) bedingt.

Verteilung der Gelder im Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 laut Einigung der Staats- und Regierungschefs vom 08. Februar 2013. Insgesamt sind rund 970 Milliarden Euro vorgesehen.

Es handelt sich hierbei um folgende Fonds:

kehr, etc.) gesamt € 126 Mrd. für die nächsten sieben Jahre zur Verfügung. Der Rest ist für Sicherheit, Außenpolitik und Verwaltung vorgesehen. Wie viel Geld exakt welchem Fonds zugeteilt wird, steht noch nicht genau fest.

Fixiert wurde auch ein neuer Fonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Höhe von € 3 Mrd. sowie eine Reservierung weiterer € 3 Mrd. aus dem Europäischen Sozialfonds für die Jugend. Jedoch dürfte die Umsetzung der geplanten Jugendgarantie, wonach jedem Jugendlichen binnen 4 Monate nach Abschluss der Schule entweder ein Job oder eine Ausbildungsplatz angeboten werden soll, in ganz Europa laut Schätzung des BMASK ca. € 15 Mrd. pro Jahr kosten!

Die EU-Förderungen werden in der Regel aus den diversen EU-Fonds ausgeschüttet, es gibt aber auch spezielle EU-Förderprogramme, welche wiederum nicht mit den nationalen operationellen Programmen verwechselt werden dürften. Daher müssen 4 Ebenen unterschieden werden:

1. EU-Fonds
2. EU-Förderprogramme
3. Nationale Operationelle Programme
4. Konkrete Projekte

2. EU-Fonds

Die EU-Fonds sind die Finanzierungsinstrumente der EU. Für die wichtigsten EU-Fonds gilt ab 2014 ein gemeinsamer strategischer Rahmen, daher wer-

- a) Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE),
- b) Europäische Sozialfonds (ESF),
- c) Kohäsionsfonds (KF),
- d) Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER),
- e) Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF)

a) Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Der EFRE ist das zentrale regional- und strukturpolitische Finanzierungsinstrument der EU. Er soll primär für den wirtschaftlichen Aufholprozess der ärmeren Regionen sorgen (sog. „Konvergenz“-Ziel). Er war in der laufenden Periode 2007-2013 schwerpunktmäßig auf Unternehmensförderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen und auf Infrastrukturprojekte ausgerichtet und EU-weit mit ca. € 347 Mrd. dotiert.

In Tirol sind in der laufenden Periode aus diesem Fonds die Ziele „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ mit einer Dotierung von € 35 Mio. für Tirol und „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ mit € 21 Mio. von Bedeutung. Mittels ersterem sollte die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen als auch die Beschäftigung verbessert werden. Hingegen fördert das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ grenzüberschreitende Aktivitäten (zB Interreg, Alpine Space).

Die Hauptziele des EFRE für die neue, kommende Förderperiode 2014-2020 sind Energieeffizienz und

erneuerbare Energien, Forschung, Innovation und KMU-Unterstützung. In Zukunft ist auch eine stärkere Fokussierung auf nachhaltige Stadtentwicklung mit einer Zweckbindung von mindestens 5 % der EFRE-Mittel vorgesehen.

Österreich erhielt im Zeitraum 2007-2013 insgesamt € 936 Mio. an Regionalfördermitteln, Tirol lukrierte in der siebenjährigen Förderperiode € 56 Mio. aus dem EFRE, das sind für Tirol effektiv pro Jahr € 8 Mio. aus dem EFRE. Dies ist weniger als ein Zehntel jener Summe, die für Tirol aus dem Europäischen Landwirtschaftsfond zur Verfügung steht, wie weiter unten erläutert wird.

b) Europäische Sozialfonds (ESF)

Der ESF dient der Förderung der Beschäftigung in der EU. Im Zeitraum 2007-2013 vergibt der ESF Mittel von rund € 75 Mrd. an die EU-Mitgliedstaaten. In Österreich werden ESF-Gelder hauptsächlich vom AMS und dem Bundessozialamt verwaltet. Österreichs ESF-Prioritäten liegen derzeit in der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Integration von benachteiligten Gruppen am Arbeitsmarkt und der Förderung des lebensbegleitenden Lernens. Österreich bekam im Zeitraum 2007-2013 insgesamt € 524 Mio. an ESF-Mitteln, das sind nur 0,75% der ESF-Mittel für die gesamte EU, Tirol davon € 23,8 Mio. Somit erhielt Tirol pro Jahr durchschnittlich € 3,4 Mio. aus dem ESF. Die im europäischen Vergleich relativ gute Lage am heimischen Arbeitsmarkt ist mit ein Grund, warum aus diesem Topf kaum Gelder nach Österreich fließen.

c) Kohäsionsfonds (KF)

Der Kohäsionsfonds unterstützt nur Mitgliedstaaten mit einem Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt (BSP) von weniger als 90 % des EU-Durchschnitts. Er ist daher für Österreich ohne Bedeutung.

d) Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

Der ELER ist einerseits ab der kommenden Finanzperiode 2014-2020 Teil der GSR-Fonds, andererseits aber auch die sogenannte 2. Säule der EU-Agrarpolitik. Die EU-Agrarpolitik funktioniert in einem Zwei-Säulen-System bestehend aus den Direktzahlungen an die Landwirte (erste Säule) und der Entwicklung des ländlichen Raums (zweite Säule).

Diese Struktur soll auch nach 2013 bestehen bleiben, die Zahlungen aus beiden Säulen sollen aber besser koordiniert werden. Kern der Reform ist ein „Greening“ der ersten Säule, das heißt die Direktzahlungen sollen stärker am Umweltschutz ausgerichtet

werden.

Der ELER hat in der laufenden Periode 2007-2013 eine Dotierung von € 98 Mrd. und soll in der kommenden Förderperiode mit € 85 Mrd. gefüllt sein. In der laufenden Periode wird Österreich aus dem ELER-Fonds ca. € 3,9 Mrd. lukrieren.

Neben dem ELER gibt es derzeit noch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), der aber in der nächsten Periode nicht mehr so heißen und auch kein Fonds mehr sein soll. Alle Landwirtschaftsförderungen zusammengenommen ergeben momentan für Österreich € 14 Mrd., das sind angesichts der Größe Österreichs beachtliche 3,43 % der ges. EU-Landwirtschaftsmittel (€ 407 Mrd. in der laufenden Periode 2007-2013 für die gesamte EU) bei einem Bevölkerungsanteil und einem Anteil Österreichs an der landwirtschaftlichen Erzeugung in der EU von nur ca. 1,7%. Österreich profitiert derzeit überproportional stark von EU-Landwirtschaftsgeldern.

Auch der Anteil Österreichs an der EU-Agrarfläche beträgt 2%, aber es fließen 4,4% der EU-Mittel für die ländliche Entwicklung nach Österreich. Tirol erhält derzeit an Landwirtschaftsförderungen insgesamt € 602 Mio., somit 4,3% der österr. EU-Mittel. Pro Jahr gerechnet ergibt das durchschnittlich € 86 Mio. für Tirol, das ist das 25-fache verglichen der ESF-Förderungen für die Beschäftigung in Tirol.

LEADER

Bei LEADER handelt es sich weder um einen eigenen Fonds, noch um ein Programm, sondern um ein Konzept („LEADER-Ansatz“). Dieses soll ländliche Gebiete ermutigen, neue Wege zu erkunden, um wettbewerbsfähig zu werden bzw. zu bleiben und um zukünftige Herausforderungen zu meistern (z. B. alternde Bevölkerung, geringes Dienstleistungsangebot und fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten).

Der Leader-Ansatz besteht darin, dass Entwicklungsstrategien effektiver und effizienter sind, wenn sie durch lokale Akteure auf lokaler Ebene (sog. lokale Aktionsgruppen) beschlossen und umgesetzt werden („Bottom-up-Ansatz“). Innerhalb des ELER-Fonds müssen mindestens 5% für LEADER-Aktivitäten reserviert sein. Über LEADER-Projekte können somit auch landwirtschaftsferne Zielgruppen und Projekte im ländlichen Raum aus dem ELER-Fonds gefördert werden.

ELER-Ausblick:

In der Ende Februar 2013 veröffentlichten Position

des EU-Rates zur neuen ELER-Verordnung wurde erstmals die Forderung der AK Tirol nach Ausdehnung der Förderungen für nicht-landwirtschaftliche Tätigkeiten in ländlichen Gebieten auf alle Bewohner des ländlichen Raumes übernommen. Es handelt sich hierbei um Existenzgründungsbeihilfen und Unterstützungen für Investitionen in nicht-landwirtschaftliche Tätigkeiten, die bisher nur Landwirten und deren Haushaltzugehörigen (i.d.R. Frau und Kinder) offen standen.

Der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission beinhaltete die in der laufenden Finanzperiode noch existierende Diskriminierung der nicht in einem landwirtschaftlichen Haushalt lebenden ländlichen Bevölkerung gegenüber Landwirten und deren Angehörigen.

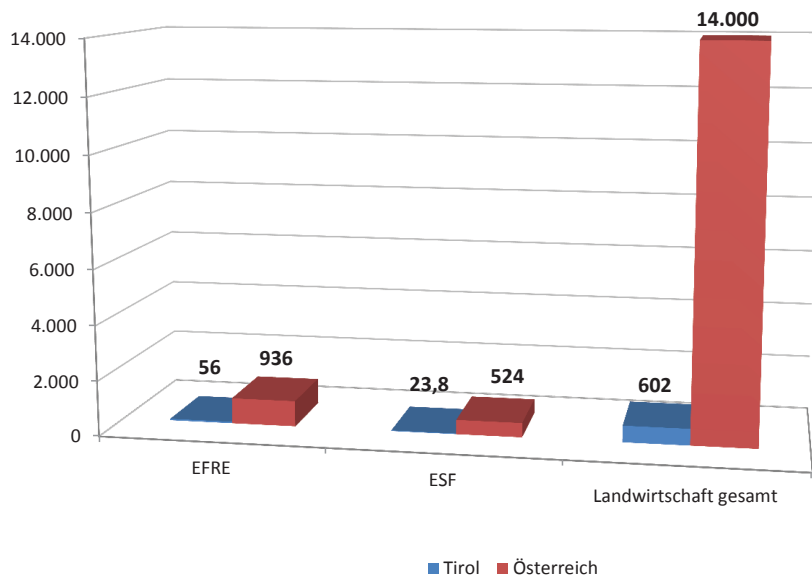
Sonstige Fonds

Neben diesen Fonds gibt es noch weitere spezielle Fonds, die außerhalb des EU-Finanzrahmens stehen. Für Arbeitnehmer interessant ist hier zB der Europäische Globalisierungsfonds (EGF), der ArbeitnehmerInnen, die aufgrund der Globalisierung (zB Standortschließungen, Unternehmensabwanderungen, etc.) arbeitslos geworden sind, unterstützt. Österreich erhielt im März 2013 € 3,9 Mio. aus dem Globalisierungsfonds für ehemalige Beschäftigte der letzten Tabak-Produktionsstelle in Hainburg (und ihrer Zulieferer), nachdem die Austria Tabak im Jahr 2012 die Produktion auf Märkte außerhalb der EU verlagert hatte.

Etwa 270 Personen sollen von den Geldern profitieren, und zwar in Form von Berufsorientierungen, Hilfe bei der Arbeitssuche, individueller Betreuung und Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Der Globalisierungsfonds bleibt auch für die kommende Finanzierungsperiode bestehen, wird aber um 71% auf ca. € 1 Mrd. gekürzt.

3. EU-Förderprogramme

Innerhalb, aber auch neben den EU-Fonds gibt es weiters spezielle EU-Förderprogramme. Hierunter fallen beispielsweise das Alpenraumprogramm Alpi-



Gelder aus EU-Fonds für Österreich und Tirol im Zeitraum 2007 - 2013, in Millionen Euro

ne Space oder Interreg, aber auch das Programm für lebenslanges Lernen oder Jugend in Aktion. Alpine Space und Interreg werden über den EFRE-Fonds finanziert. Hingegen wird das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation - Horizont 2020 außerhalb eines Fonds direkt finanziert.

Ziel des **Alpine Space-Programmes** ist, die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität des Alpenraums zu steigern. Konkret werden u. a. Forschungs- und Innovationsaktivitäten von Klein- und Mittelbetrieben unterstützt und die räumliche Entwicklung der Alpenregion als Lebens-, Arbeits- und Investitionsraum gefördert.

Interreg läuft nun unter dem Namen **Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ)** und fördert grenzübergreifende Maßnahmen der Zusammenarbeit wie Infrastrukturvorhaben, die Zusammenarbeit öffentlicher Versorgungsunternehmen, gemeinsame Aktionen von Unternehmen oder Kooperationen im Bereich des Umweltschutzes, der Bildung, der Raumplanung oder Kultur.

Das Programm für lebenslanges Lernen besteht derzeit aus diversen Einzelprogrammen, wie zB:

- Comenius: für Schulbildung und Kindergärten
- Erasmus: für die Hochschulbildung
- Leonardo da Vinci: für die berufliche Ausbildung und Weiterbildung. Über dieses Programm finanziert sich z.B. das AK-Projekt „TirolerInnen auf der Walz“
- Grundvig: für Erwachsenenbildung

Das Programm **Jugend in Aktion** ist speziell für Jugendliche ausgerichtet. Damit möchte die EU Bürgersinn, Solidarität und demokratisches Engagement unter jungen Menschen stärken und ihnen zu mehr Mobilität und Zusammenarbeit in Europa verhelfen. Jugend in Aktion fördert Jugendbegegnungen, Jugendinitiativen sowie den Europäischen Freiwilligendienst. Daraus wird das AK-Projekt „Rückenwind“ finanziert.

Zukünftig sollen die Programme für lebenslanges Lernen und Jugend in Aktion unter einem neuen Namen, nämlich als Programm „Erasmus für alle“ zusammengefasst werden. Geplant sind drei Arten von Aktionen: Mobilität zu Lernzwecken, Kooperationsprojekte zwischen Institutionen sowie Unterstützung für Reformen in der Bildungspolitik der Mitgliedsstaaten. Es soll auch zu einer Aufstockung der Mittel auf 19 Mrd. Euro (für 7 Jahre) kommen, somit auf 2,7 Mrd. pro Jahr für die gesamte EU.

4. Nationale Operationelle Programme

Ein Operationelles Programm ist ein von einem Mitgliedstaat vorgelegter und von der EU-Kommission angenommener Plan. Mit ihren Operationellen Programmen setzen die Mitgliedstaaten (teils auf Bundes-, teils auf Landesebene) die jeweiligen Prioritäten und Ziele der EU-Fonds um und definieren Maßnahmen, die schwerpunktmäßig im jeweiligen Land gesetzt werden sollen. Auf Basis dieser Operationellen Programme, die für die nächste Förderperiode auch in Österreich gerade ausverhandelt werden – hier ist federführend die ÖROK (österr. Raumordnungskonferenz) tätig –, können in den nächsten 7 Jahren (2014-2020) konkrete Projekte eingereicht werden.

Für den Schwerpunkt **LEADER** soll für die kommende Förderperiode in Österreich erstmals ein eigenes Programm abseits vom ELER-Programm erstellt werden, für welches aber das Lebensministerium zuständig bleibt. Dieses Ministerium wurde vom österreichischen Rechnungshof bereits in der letzten Programmierung dahingehend kritisiert, dass es im Österreichischen Programm zur Entwicklung des Ländlichen Raums den weiten Spielraum der Möglichkeiten von LEADER gänzlich ignoriert hat und das Thema Gleichstellung und Chancengleichheit keinen Niederschlag fand.

LEADER-Mittel könnten beispielsweise auch zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen im länd-

lichen Raum herangezogen werden. Dies sollte nun im zukünftigen österreichischen Programm für LEADER berücksichtigt werden, damit Projekte in diese Richtung ermöglicht werden.

Alle EU-Förderschienen haben für die Auszahlung von EU-Geldern die Voraussetzung einer nationalen Ko-Finanzierung (z.B. auf Bundes- oder Landesebene). Durch die Auswahl der entsprechenden Schwerpunkte im Interesse des jeweiligen Mitgliedstaates nimmt dieser Einfluss darauf, in welche Richtung und für welche potentiellen Projekte die EU-Gelder und auch die nationalen Mittel, die als Ko-Finanzierung zwingen erforderlich sind, investiert werden.

5. Konkrete Projekte

Je nach Förderprogramm bzw. Fonds werden die konkreten EU-Gelder entweder durch eigens eingerichtete Nationalagenturen (z.B. beim Programm für lebenslanges Lernen oder bei Jugend in Aktion), oder durch eine zentrale Verwaltungsbehörde (z.B. beim Programm Alpine Space) oder durch Bundes- (z.B. bei ELER, ESF) bzw. Landesstellen (EFRE) oder direkt von der EU-Kommission (Horizont 2020) ausbezahlt.

Hierfür müssen bei den jeweils zuständigen Stellen Anträge für konkrete Projekte im Sinne der auf EU- und nationaler Ebene vorgegebenen Prioritäten und Maßnahmen eingereicht werden.

Die Besonderheit von LEADER-Projekten besteht darin, dass sie ausschließlich von sogenannten lokalen Aktionsgruppen eingereicht werden dürfen. Diese lokalen Aktionsgruppen sind in Tirol in die Regionalmanagement-Vereine integriert. Diese Regionalmanagement-Vereine haben nun auch für die kommende Förderperiode regionale Entwicklungspläne und -Strategien zu erarbeiten, in denen sie die entwicklungsrelevanten Themen für die Region definieren. Die in der Folge über die Regionalmanagement-Vereine eingereichten Projekte werden an dieser Entwicklungsstrategie gemessen.

Es gibt Unmengen konkreter Projekte, die in Österreich bzw. Tirol abgewickelt werden und EU-Förderungen erhalten. Je nach Förderprogramm bzw. EU-Fonds können diese Projekte in entsprechenden Datenbanken im Internet eingesehen werden. Leider besteht diese Transparenz nicht in allen Bereichen der EU-Förderungen, sodass es unmöglich ist festzustellen, wie viele Projekte in Tirol bzw. Österreich in der laufenden Finanzperiode mit EU-Geldern geför-

dert wurden. Aus Datenschutzerwägungen wird auch die Summe der geflossenen Förderungen pro Projekt in der Regel nicht veröffentlicht. Einzig für EU-Agrar-, EU-Fischerei- und Umweltförderungen sind aufgrund einer Vorgabe der EU unter www.transparenzdatenbank.at all jene jährlichen Förderbeträge, die von der EU finanziert oder kofinanziert wurden, im Internet einsehbar, die an juristische Personen in Österreich in den Jahren 2010 und 2011 ausbezahlt wurden.

IN ZAHLEN

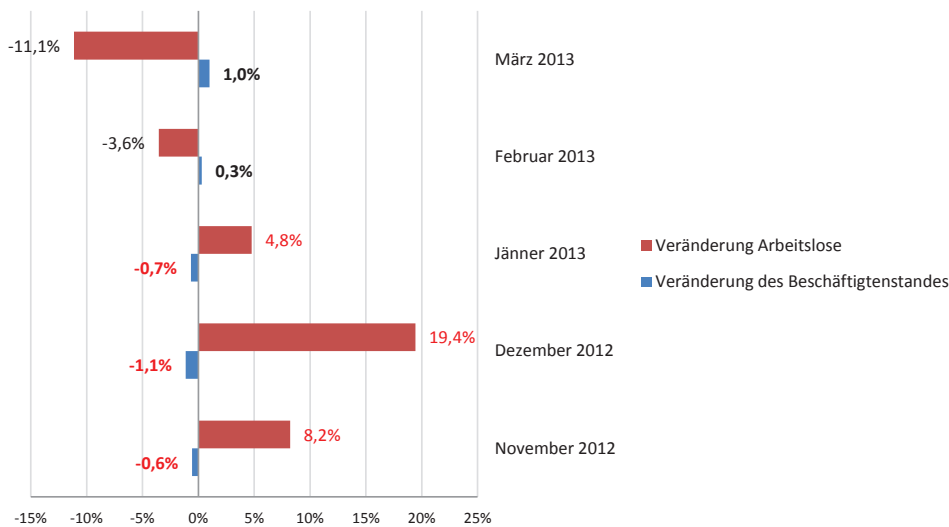
Das erste Quartal 2013

Der Arbeitsmarkt in Österreich: Quartal IV 12 & I 2013

Monat	Beschäftigte			gemeldete Arbeitslose			Arbeitslosenrate		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Okt.12	3.485.786	1.613.370	1.872.416	249.912	118.372	131.540	6,7%	6,8%	6,6%
Nov.12	3.466.385	1.610.330	1.856.055	270.436	123.342	147.094	7,2%	7,1%	7,3%
Dez.12	3.427.239	1.631.158	1.796.081	322.981	118.300	204.681	8,6%	6,8%	10,2%
Jän.13	3.404.389	1.623.712	1.780.677	338.421	118.663	219.758	9,0%	6,8%	11,0%
Feb.13	3.415.113	1.626.749	1.788.364	326.401	115.162	211.239	8,7%	6,6%	10,6%
Mär.13	3.448.951	1.625.133	1.823.818	290.045	113.655	176.390	7,8%	6,5%	8,8%
Veränderung gegenüber Vormonat									
Nov.12	-0,6%	-0,2%	-0,9%	8,2%	4,2%	11,8%	0,5	0,3	0,7
Dez.12	-1,1%	1,3%	-3,2%	19,4%	-4,1%	39,1%	0,6	-0,3	2,9
Jän.13	-0,7%	-0,5%	-0,9%	4,8%	0,3%	7,4%	0,4	0,0	0,8
Feb.13	0,3%	0,2%	0,4%	-3,6%	-3,0%	-3,9%	-0,3	-0,2	-0,4
Mär.13	1,0%	-0,1%	2,0%	-11,1%	-1,3%	-16,5%	-0,9	-0,1	-1,8

Q: AMS - Monatswerte, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit - Veränderungsraten
ÖSTERREICH



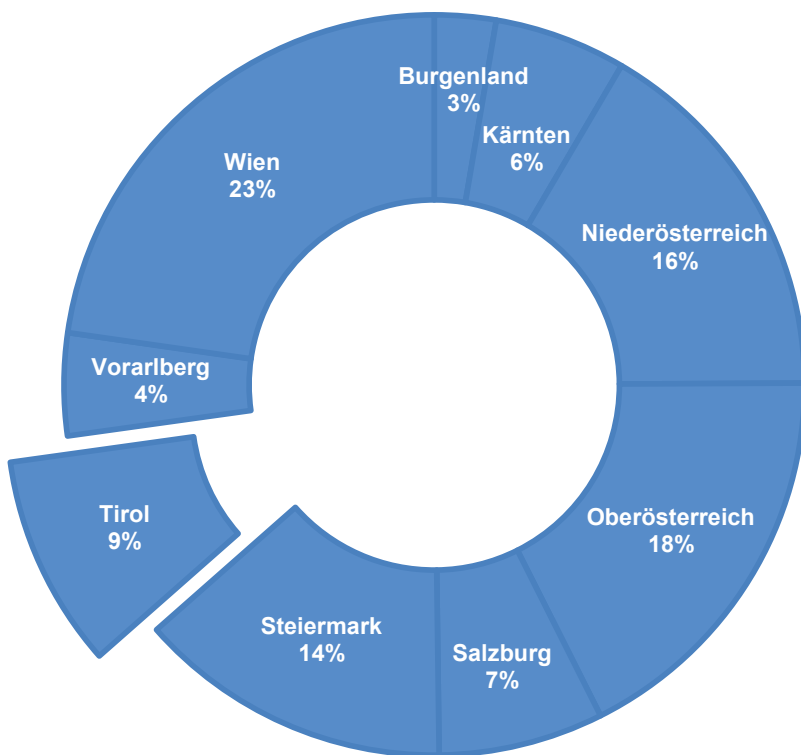
Der Beschäftigungshöchststand des zweiten Quartals 2012 wurde im Juni erreicht: In Österreich waren in diesem Monat 3.489.275 Personen in einer unselbständigen Beschäftigung. Gegenüber dem Vorjahr waren 1,1% mehr Menschen in Beschäftigung. Die Beschäftigungsausweitung bei Frauen und Männern lag beinahe gleich auf. Gegenüber dem Vorjahr waren 1,1% mehr Männer in Beschäftigung und 1,0% mehr Frauen.

Die Arbeitslosigkeit ging im gesamten Betrachtungszeitraum zurück, nur bei den Frauen nahm die Zahl der Arbeitsuchenden vom März auf den April 2012 um 5,9% zu.

Die höchste Arbeitslosenquote war mit 7,1% im April 2012 festzustellen. Die Arbeitslosigkeit der Männer lag mit 7,8% über der Arbeitslosenrate der Frauen mit 6,3%.

Unselbständige Beschäftigte in Österreich

Beschäftigung im Quartalsdurchschnitt				
	Q I 2013	Q I 2012	Veränderung %	absolut
Burgenland	91.926	91.641	0,3%	285
Kärnten	197.044	198.694	-0,8%	-1.650
Niederösterreich	563.918	562.098	0,3%	1.820
Oberösterreich	604.767	601.376	0,6%	3.391
Salzburg	246.562	244.044	1,0%	2.518
Steiermark	469.299	468.250	0,2%	1.049
Tirol	318.233	311.446	2,2%	6.787
Vorarlberg	152.780	150.905	1,2%	1.875
Wien	778.289	774.685	0,5%	3.604
ÖSTERREICH	3.422.818	3.403.140	0,6%	19.678



Anteile der Bundesländer an allen unselbständigen Beschäftigten im ersten Quartal 2013

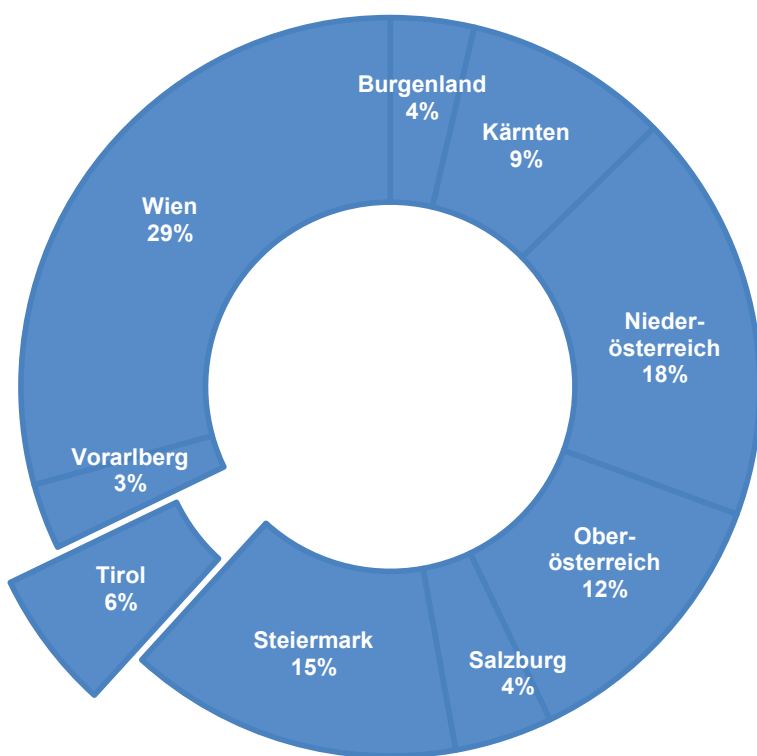
In allen österreichischen Bundesländern erfolgte im zweiten Quartal 2012 eine Ausweitung des Beschäftigtenstandes. Am stärksten nahm die Beschäftigung im Burgenland mit 3,3% zu. Österreichweit betrug die Beschäftigungsausweitung 1,3%. Tirol liegt mit ebenfalls 1,3% genau im österreichischen Durchschnitt. Am schwächsten entwickelte sich Kärnten mit einer Zunahme von 0,8%.

Im Schnitt waren im zweiten Quartal um 43.073 Personen mehr in Beschäftigung als im Jahr zuvor. In Tirol waren es 5.919 Personen mehr.

Arbeitslosigkeit in den Bundesländern

	durchschnittliche Arbeitslosigkeit			
	Q I 2013	Q I 2012	ggü. VQ	absolut
Burgenland	11.652	10.706	8,8%	946
Kärnten	28.598	26.044	9,8%	2.553
Niederösterreich	57.190	53.284	7,3%	3.906
Oberösterreich	39.067	35.159	11,1%	3.908
Salzburg	13.616	12.984	4,9%	632
Steiermark	46.419	42.836	8,4%	3.584
Tirol	19.406	19.052	1,9%	354
Vorarlberg	9.161	8.841	3,6%	321
Wien	93.180	88.383	5,4%	4.797
ÖSTERREICH	318.289	297.288	7,1%	21.001

Q: AMS - Monatsdaten; Eigenberechnung der AK



Anteile der Bundesländer an allen Arbeitssuchenden im ersten Quartal 2013

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Arbeitslosigkeit in Österreich um 5,6% an. In absoluten Zahlen nahm die Anzahl der Arbeitslosen um mehr als 12.400 Personen zu. Am stärksten stieg die Arbeitslosigkeit im Burgenland und in der Steiermark an. Beide Bundesländer wiesen Steigerungsraten von mehr als zehn Prozent auf. Die geringsten Zunahmen an Arbeitslosen zeigten sich in Vorarlberg (+0,6%) und in Kärnten (+1,7%).

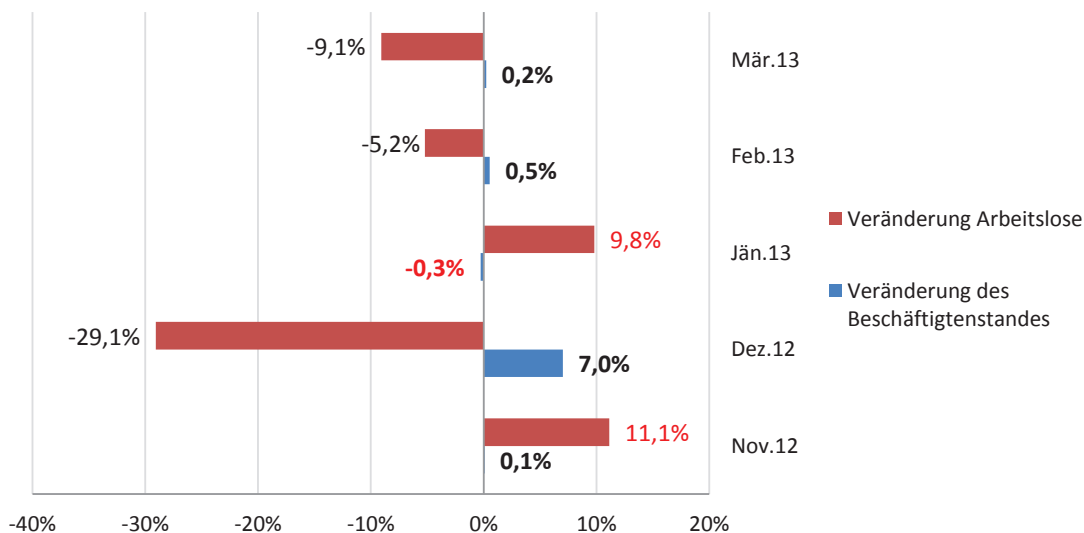
Tirol lag mit einer Zunahme von 3,3% noch unter dem österreichischen Durchschnittswert. In absoluten Zahlen waren in Tirol rund 660 Personen mehr auf Arbeitssuche als im Jahr zuvor.

Der Arbeitsmarkt in Tirol: Quartal IV 2012 & I 2013

Monat	Beschäftigte			gemeldete Arbeitslose			Arbeitslosenrate		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Okt.12	296.642	136.913	159.729	23.931	13.380	10.551	7,5%	8,9%	6,2%
Nov.12	296.879	137.398	159.481	26.597	14.439	12.158	8,2%	9,5%	7,1%
Dez.12	317.728	152.438	165.290	18.869	5.975	12.894	5,6%	3,8%	7,2%
Jän.13	316.846	152.585	164.261	20.721	5.995	14.726	6,1%	3,8%	8,2%
Feb.13	318.579	153.116	165.463	19.640	5.895	13.745	5,8%	3,7%	7,7%
Mär.13	319.275	151.787	167.488	17.857	7.000	10.857	5,3%	4,4%	6,1%
Veränderung gegenüber Vormonat									
Nov.12	0,1%	0,4%	-0,2%	11,1%	7,9%	15,2%	0,7	0,6	0,9
Dez.12	7,0%	10,9%	3,6%	-29,1%	-58,6%	6,1%	-2,6	-5,7	0,1
Jän.13	-0,3%	0,1%	-0,6%	9,8%	0,3%	14,2%	0,5	0,0	1,0
Feb.13	0,5%	0,3%	0,7%	-5,2%	-1,7%	-6,7%	-0,3	-0,1	-0,5
Mär.13	0,2%	-0,9%	1,2%	-9,1%	18,7%	-21,0%	-0,5	0,7	-1,6

Q: AMS, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit - Veränderungsrate TIROL



Im zweiten Quartal 2012 erreichte die Beschäftigung im Juni ihren höchsten Stand. Insgesamt standen in diesem Monat 304.633 Tirolerinnen und Tiroler in einer unselbständigen Beschäftigung, um 1,3% mehr als im Jahr zuvor.

quote in diesem Monat betrug 8,0% (Männer: 7,0%; Frauen: 9,2%).

Der höchste Stand an Arbeitslosigkeit wurde im April mit 25.392 Personen erreicht; eine Zunahme von 10,2% gegenüber dem Vorjahr. Die Arbeitslosen-

Beschäftigung in Tirol: Quartal IV 2012 & I 2013

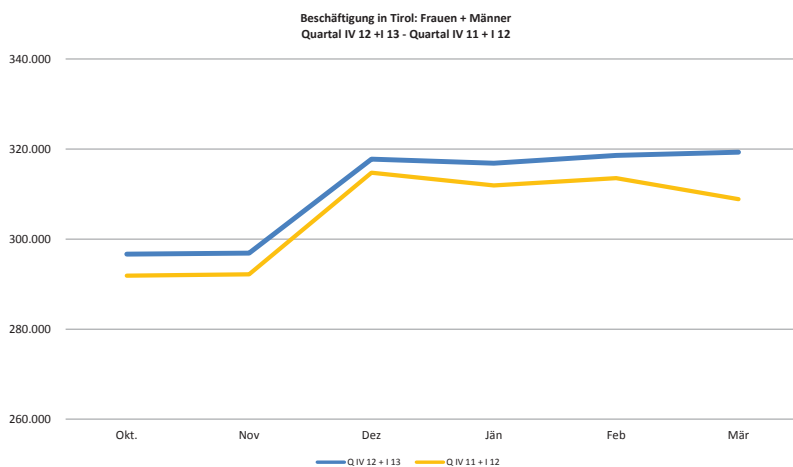
Beschäftigung in Tirol						
	ALLE	FRAUEN	MÄNNER	Alle-%*	Frauen-%*	Männer-%*
Okt.12	296.642	136.913	159.729	1,6%	2,0%	1,3%
Nov.12	296.879	137.398	159.481	1,6%	1,9%	1,4%
Dez.12	317.728	152.438	165.290	1,0%	1,3%	0,7%
Jän.13	316.846	152.585	164.261	1,6%	1,9%	1,3%
Feb.13	318.579	153.116	165.463	1,6%	1,9%	1,4%
Mär.13	319.275	151.787	167.488	3,4%	4,2%	2,6%

*Veränderung ggü. Jeweiligem Vorjahr

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Unselbständige Beschäftigte in Tirol

Beschäftigung im Quartalsdurchschnitt				
	Q I 2013	Q I 2012	Veränderung %	absolut
Imst	26.178	25.653	2,0%	524
Innsbruck (inkl. IL)	121.327	120.061	1,1%	1.266
Kitzbüchel	25.473	24.882	2,4%	592
Kufstein	43.375	42.396	2,3%	979
Landeck	21.593	20.947	3,1%	646
Lienz	18.067	17.895	1,0%	172
Reutte	13.259	13.109	1,1%	151
Schwaz	36.902	35.651	3,5%	1.251
Tirol	318.233	311.446	2,2%	6.787



Gegenüber dem Vorjahr lag die Beschäftigung im zweiten Quartal 2012 in Tirol höher. Im Schnitt waren in diesem Quartal in Tirol 297.131 Personen in einer unselbständigen Beschäftigung, um fast 3.900 Personen mehr als im Jahr zuvor.

Auf der Bezirksebene weitete sich die Beschäftigung im Bezirk Lienz mit einer Zunahme von 2,1% am stärksten aus. Am schwächsten fiel die Beschäfti-

gungsentwicklung in den Bezirken Landeck (+0,4%) und Imst (+0,7%) aus. Obwohl im Arbeitsmarktbezirk Innsbruck und Innsbruck-Land die Beschäftigung nur um 1,0% anstieg, nahmen in absoluten Zahlen um 1.159 Personen mehr eine Beschäftigung auf, als im Jahr zuvor.

Arbeitslosigkeit in Tirol - GESAMT

GESAMT		Vorjahr	ggü. Vorjahr
	Okt.12	23.931	23.183 3,2%
Quartal IV 2012	Nov.12	26.597	25.593 3,9%
	Dez.12	18.869	17.888 5,5%
	Jän.13	20.721	19.866 4,3%
Quartal I 2013	Feb.13	19.640	19.277 1,9%
	Mär.13	17.857	18.012 -0,9%

Q: AMS

Arbeitslosigkeit in Tirol - FRAUEN

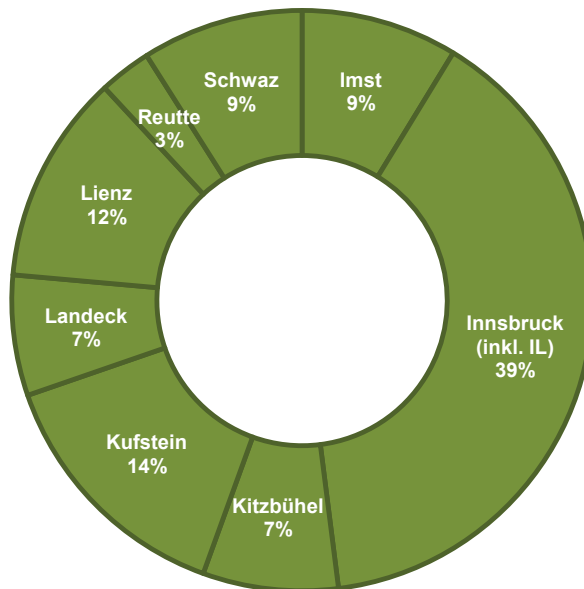
FRAUEN		Vorjahr	ggü. Vorjahr
	Okt.12	13.380	13.212 1,3%
Quartal IV 2012	Nov.12	14.439	14.121 2,3%
	Dez.12	5.975	5.767 3,6%
	Jän.13	5.995	5.746 4,3%
Quartal I 2013	Feb.13	5.895	5.671 3,9%
	Mär.13	7.000	7.521 -6,9%

Q: AMS

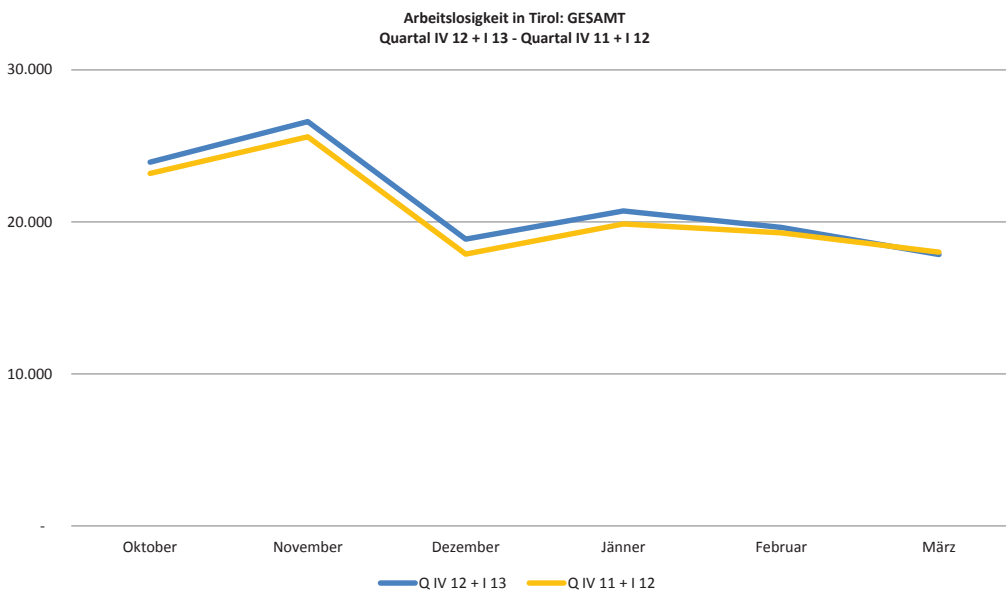
Arbeitslosigkeit in Tirol - MÄNNER

MÄNNER		Vorjahr	ggü. Vorjahr
	Okt.12	10.551	9.971 5,8%
Quartal IV 2012	Nov.12	12.158	11.472 6,0%
	Dez.12	12.894	12.121 6,4%
	Jän.13	14.726	14.120 4,3%
Quartal I 2013	Feb.13	13.745	13.606 1,0%
	Mär.13	10.857	10.491 3,5%

Q: AMS



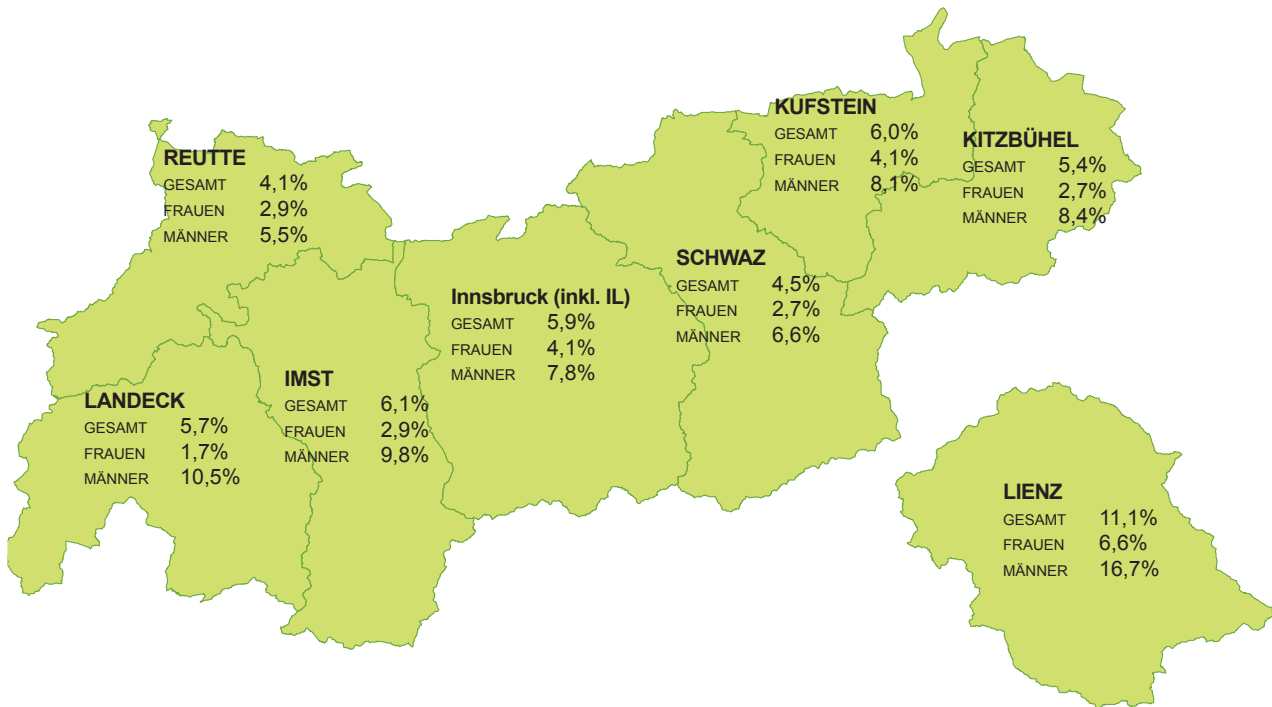
Anteile der Tiroler Bezirke an der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2013



Der größte Teil (32%) der Arbeitssuchenden in Tirol war im Arbeitsmarktbezirk Innsbruck/ Innsbruck-Land zu finden. Gegenüber dem ersten Quartal 2012 nahm der Anteil dieses Arbeitsmarktbezirks jedoch ab. Dafür verdoppelte sich – saisonbedingt – der Anteil des stark vom Tourismus geprägten Bezirks Landeck: auf 7% im ersten Quartal stieg der Anteil auf 14% im zweiten Quartal.

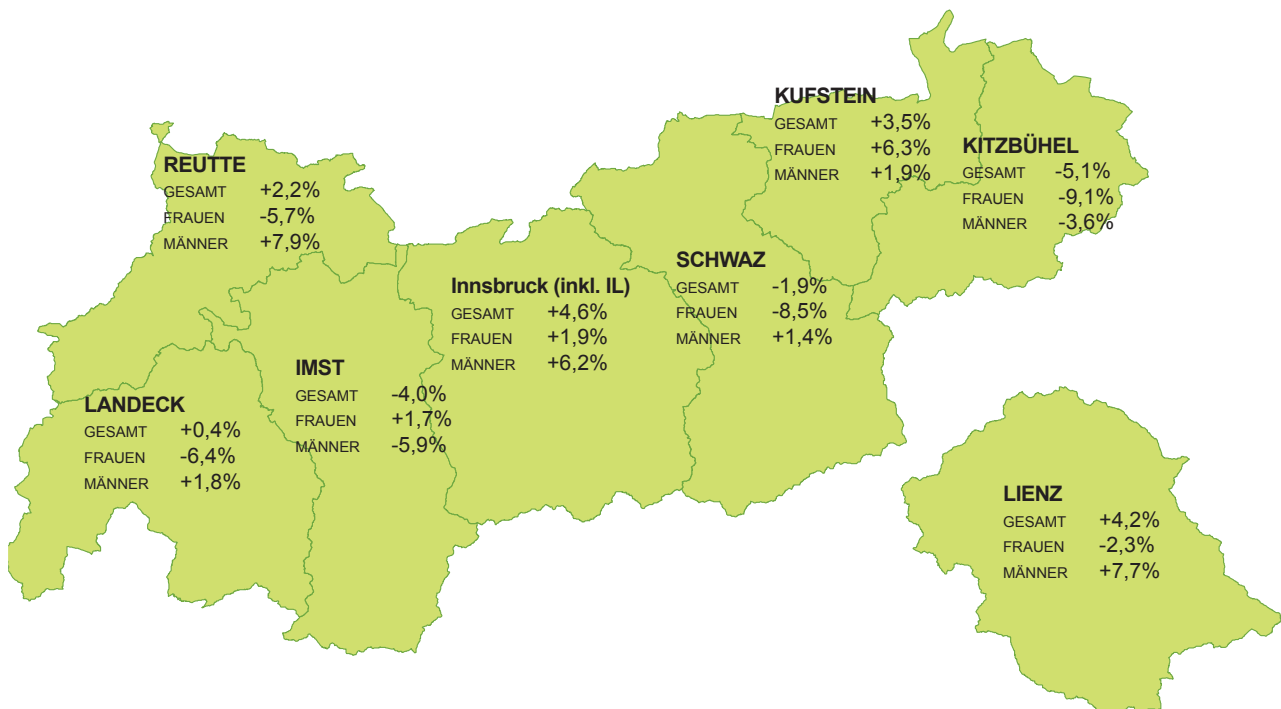
Dem gegenüber blieb der Anteil der Arbeitslosen im Bezirk Kitzbühel beinahe unverändert: 8% im ersten Quartal, 9% im zweiten Quartal.

Arbeitslosenraten Quartal I 2013



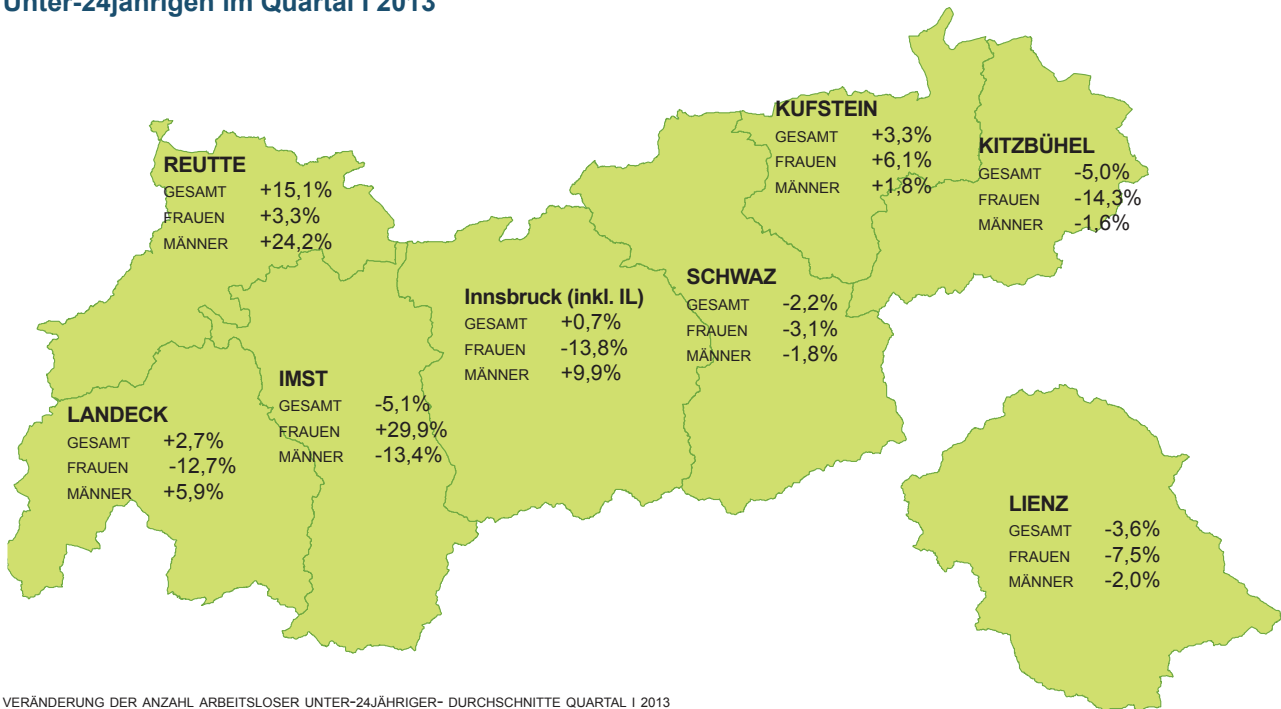
ARBEITSLOSENRATEN DER TIROLER BEZIRKE - DURCHSCHNITTE QUARTAL I 2013
Q:AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der Arbeitslose Quartal I 2013



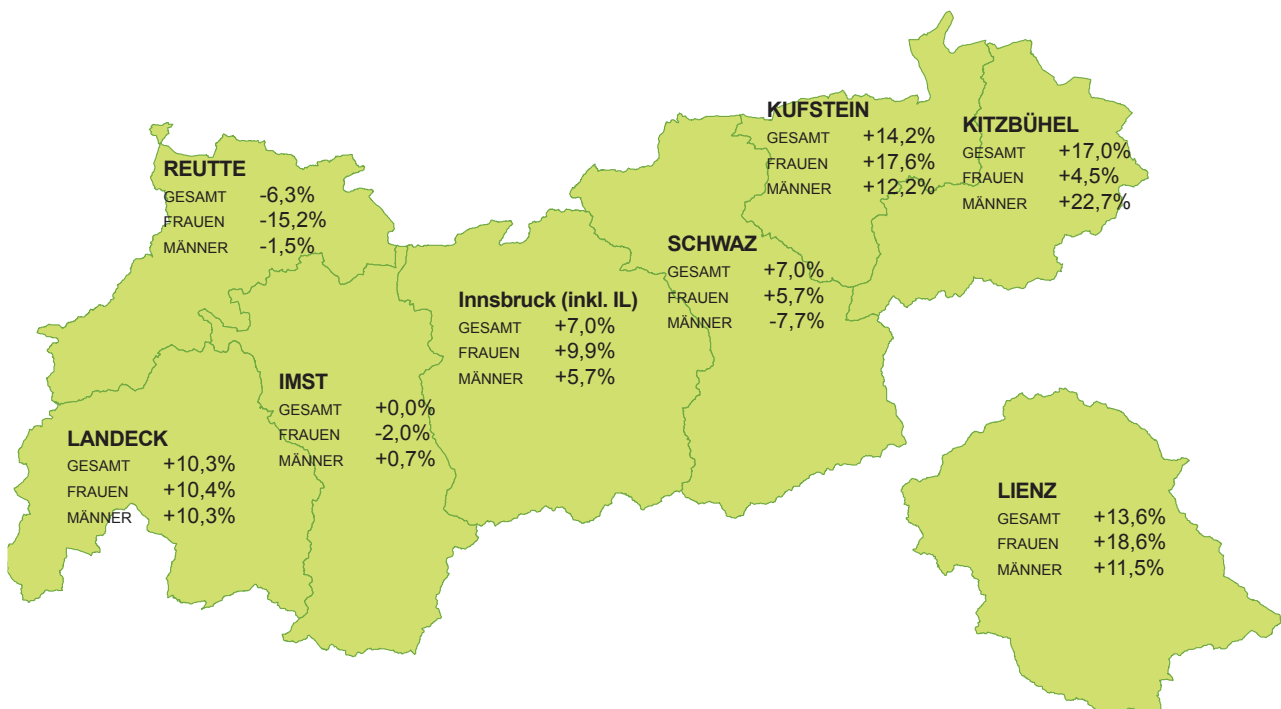
VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSEN GEGENÜBER DEM VORJAHR:
QUARTAL II 2012
Q:AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Unter-24jährigen im Quartal I 2013



VERÄNDERUNG DER ANZAHL ARBEITSLOSER UNTER-24JÄHRIGER - DURCHSCHNITTE QUARTAL I 2013
Q:AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Über-50jährigen im Quartal I 2013



VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSER ÜBER-50JÄHRIGEN - DURCHSCHNITTE QUARTAL I 2013
Q:AMS, BERECHNUNG DER AK

Die Einkommenssituation in Österreich 2011

Ø Jahresnetto bezug 2011						
	Gesamt	M	F	Gesamt % von AUT	M % von AUT	F % von AUT
Burgenland	€ 20.660	€ 24.557	€ 16.172	3,3%	3,4%	2,3%
Kärnten	€ 19.260	€ 22.936	€ 15.169	-3,7%	-3,5%	-4,1%
OÖ	€ 20.097	€ 24.490	€ 15.000	0,5%	3,1%	-5,2%
NÖ	€ 21.419	€ 25.531	€ 16.778	7,1%	7,5%	6,1%
Salzburg	€ 18.895	€ 22.774	€ 14.775	-5,5%	-4,1%	-6,6%
Steiermark	€ 19.317	€ 23.053	€ 15.014	-3,4%	-3,0%	-5,1%
Tirol	€ 18.065	€ 21.985	€ 13.775	-9,7%	-7,5%	-12,9%
Vorarlberg	€ 19.337	€ 24.137	€ 14.060	-3,3%	1,6%	-11,1%
Wien	€ 20.594	€ 23.085	€ 17.951	3,0%	-2,8%	13,5%
Österreich	€ 20.002	€ 23.760	€ 15.815	0,0%	0,0%	0,0%

Die Einkommenssituation in Tirol 2011

durchschnittlicher Jahresnetto bezug 2011						
	Gesamt	M	F	Gesamt % von T	M % von T	F % von T
IBK	€ 18.177	€ 21.200	€ 15.142	0,6%	-3,6%	9,9%
IM	€ 17.281	€ 21.244	€ 12.773	-4,3%	-3,4%	-7,3%
IL	€ 19.583	€ 24.032	€ 14.824	8,4%	9,3%	7,6%
KB	€ 16.391	€ 19.693	€ 12.834	-9,3%	-10,4%	-6,8%
KU	€ 18.602	€ 22.913	€ 13.761	3,0%	4,2%	-0,1%
LA	€ 15.604	€ 19.324	€ 11.299	-13,6%	-12,1%	-18,0%
LZ	€ 17.253	€ 20.987	€ 12.868	-4,5%	-4,5%	-6,6%
RE	€ 18.402	€ 23.072	€ 12.988	1,9%	4,9%	-5,7%
SZ	€ 17.698	€ 21.741	€ 13.132	-2,0%	-1,1%	-4,7%
Tirol	€ 18.065	€ 21.985	€ 13.775	0,0%	0,0%	0,0%

Das jährliche Durchschnittseinkommen in Österreich betrug 2010 € 19.760, die Tirolerinnen und Tiroler lagen mit € 17.837 rund 10% darunter. Die Topverdiener waren in Niederösterreich zu finden: mit € 21.100 Jahresnettoeinkommen verdienten sie im Schnitt € 3.260 mehr pro Jahr als die Tirolerinnen und Tiroler.

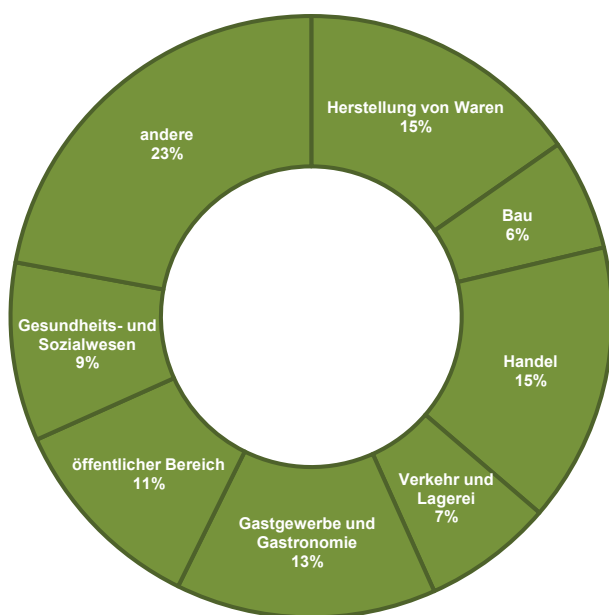
Aber auch innerhalb Tirols gab es erhebliche Verdienstunterschiede. Die Einkommen in Innsbruck, Innsbruck-Land und Kufstein lagen über dem Durch-

schnittseinkommen von € 17.837. Innsbruck-Land wies mit € 19.328 die höchsten Einkommen Tirols auf. In Innsbruck-Land lagen die Einkommen um 8% über dem Tiroler Durchschnitt. In den übrigen Tiroler Bezirken wurden Einkommen unter dem Tiroler Durchschnitt erzielt. An letzter Stelle ordnete sich Landeck mit € 15.430 ein, 13,5% unterhalb des Tiroler Schnittes. Der Unterschied zwischen Innsbruck-Land (€ 19.328) und Landeck betrug rund 20% bzw. fast € 3.900 netto im Jahr.

Beschäftigte pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

	Q I 2013	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	742	-2,5%	-19
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	350	4,5%	15
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	48.678	3,9%	1.839
Energieversorgung	2.683	1,5%	40
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	1.130	-3,4%	-40
Baugewerbe / Bau	19.700	1,3%	260
Handel	47.705	1,7%	813
Verkehr und Lagerei	22.912	4,5%	997
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	44.088	6,3%	2.620
Information und Kommunikation	3.509	3,0%	103
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	8.972	0,0%	4
Grundstücks- und Wohnungswesen	2.310	1,5%	33
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	10.986	-3,9%	-444
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	10.816	-2,3%	-260
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	34.930	1,1%	367
Erziehung und Unterricht	10.311	-2,1%	-223
Gesundheits- und Sozialwesen	30.515	3,7%	1.100
Kunst, Unterhaltung und Erholung	2.635	-8,0%	-230
sonstigen Dienstleistungen	6.134	0,3%	17
Private Haushalte	286	-11,7%	-38
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	-	-	0
Wirtschaftsklasse unbekannt	10	81,3%	4
PräsenzdienereInnen	781	1,7%	13
KBG- bzw. KRG- BezieherInnen	8.051	-2,2%	-184
Insgesamt	318.233	2,2%	3.871

Q: HV der Sozialversicherungen



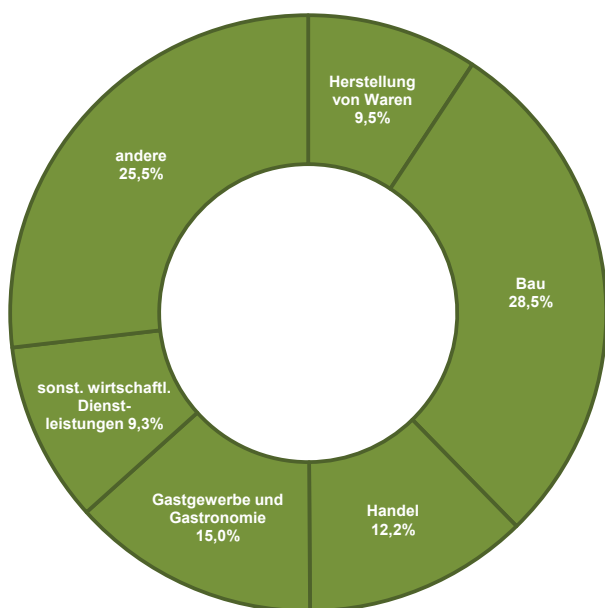
Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Beschäftigten in Tirol (Quartalsdurchschnitt).

* öffentlicher Bereich = öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen

Arbeitslose pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

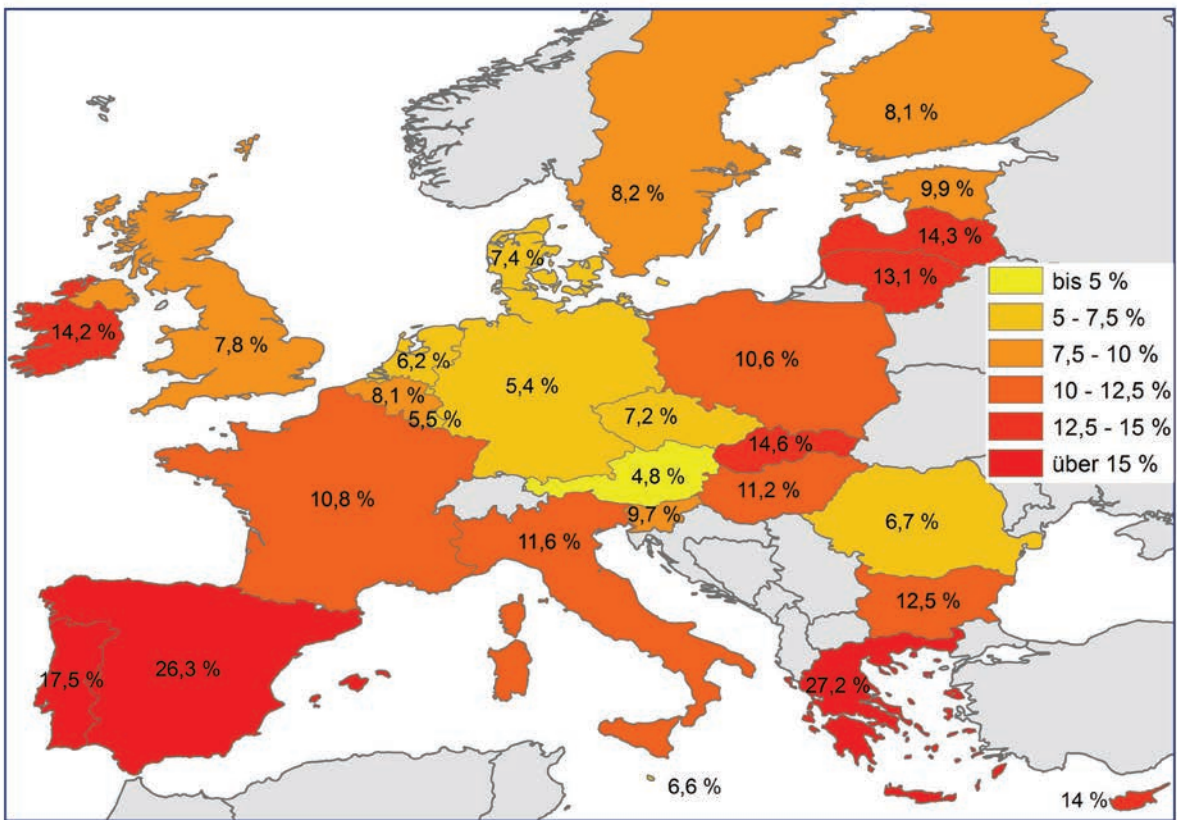
	Q I 2013	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	147	-5,8%	4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	78	-3,3%	-1
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	1.812	0,3%	-10
Energieversorgung	33	6,4%	0
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	61	-4,2%	6
Baugewerbe / Bau	5.543	2,3%	-30
Handel	2.385	2,4%	32
Verkehr und Lagerei	1.086	6,1%	166
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	2.625	-7,9%	358
Information und Kommunikation	126	28,6%	-13
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	163	13,7%	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	87	5,2%	-7
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	468	3,5%	6
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1.913	8,5%	19
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	589	-0,6%	16
Erziehung und Unterricht	271	-14,9%	-24
Gesundheits- und Sozialwesen	922	17,7%	83
Kunst, Unterhaltung und Erholung	268	3,3%	-7
sonstigen Dienstleistungen	298	0,7%	-33
Private Haushalte	14	2,4%	-6
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	-	-	1
sonstiges	516	6,6%	105
Insgesamt	19.406	1,9%	663

Q: AMS



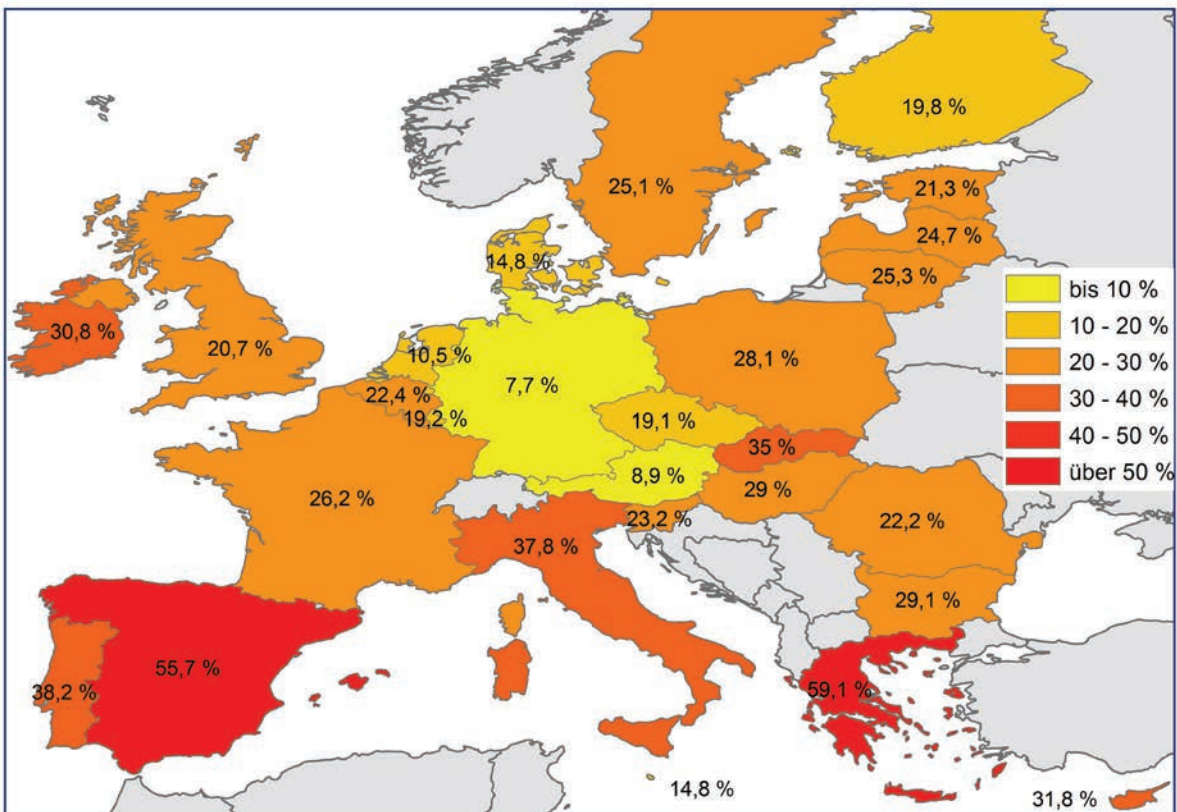
Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Arbeitslosen in Tirol (Quartalsdurchschnitt).

Arbeitslosigkeit in Europa

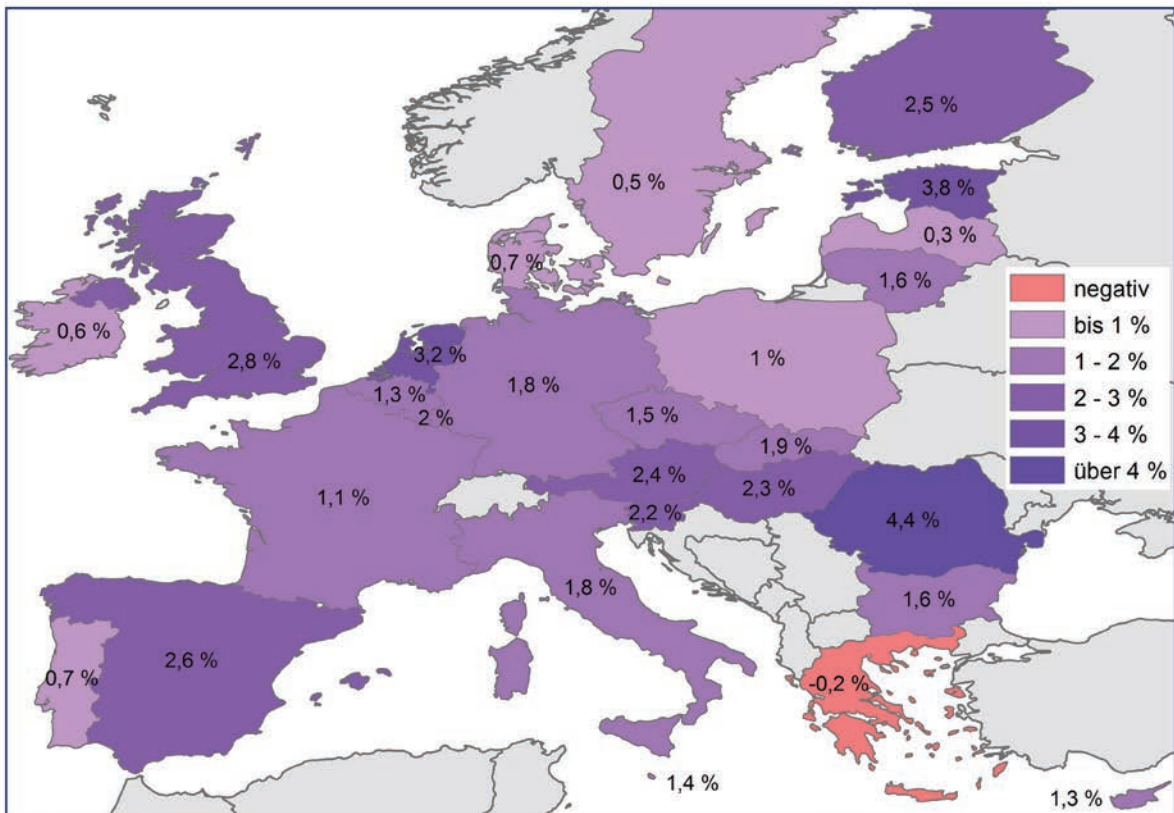


Q jeweils: Eurostat

Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Unter-25jährige



Inflation in der EU: August 2012



Q: Eurostat, HVPI

Österreich liegt mit einer Inflationsrate von 2,1% nach dem harmonisierten Verbrauchpreisindex von Eurostat im europäischen Mittelfeld. Von den wichtigen Handelspartner hat v.a. Deutschland mit 1,9% eine niedrigere Inflationsrate. Ungarn, in dem viele österreichische Unternehmen aktiv sind, weist mit 5,7% die höchste Inflationsrate der gesamten EU auf.

Bemerkenswert ist, dass die Krisenstaaten Portugal, Spanien, Griechenland, Irland und Italien sehr unterschiedliche Inflationsraten aufweisen.

Die Inflationsrate der gesamten EU für den März 2012 beträgt 2,5%, diejenige des Euroraums liegt mit 2,4% leicht darunter.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass 2012 der Inflationsdruck eher nachlassen wird. Grund dafür ist die ausbleibende Nachfrage aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir sind für Sie da



Impressum:
Medieninhaber und Verleger:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
Verfasser: Abteilung Wirtschaftspolitik, AK Tirol

Arbeiterkammer Tirol
Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
www.ak-tirol.com
ak@tirol.com

AK Tirol in den Bezirken:

Imst, Rathausstraße 1, 6460 Imst
Kitzbühel, Rennfeld 13, 6370 Kitzbühel
Kufstein, Arkadenplatz 2, 6330 Kufstein
Landeck, Malsersstraße 11, 6500 Landeck
Lienz, Beda-Weber-Gasse 22, 9900 Lienz
Reutte, Mühler Straße 22, 6600 Reutte
Schwaz, Münchner Straße 20, 6130 Schwaz
Telfs, Moritzenstraße 1, 6410 Telfs

kostenlose AK-Servicenummer:
Tel.: 0800/ 22 55 22